

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Telephon: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 70.

Dienstag, den 24. März 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Religion und Geschäft.

Die Verhandlungen in der Reichstags-Kommission, die den Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu beraten hat, zeigen uns unsere „echten“ Christen, und zwar sowohl die „frommen“ als auch die „freien“, im schönsten Glanze.

„Echte“ Christen wollen — wenigstens im Kampfe gegen die Sozialdemokratie — alle bürgerlichen Parteien sein. Sie alle spielen sich, wenn sie gar nichts anderes mehr gegen unsere Forderungen vorbringen können, als die wirklich guten, echten Christen auf, begeistern sich für die Religion, preisen sie als die Grundlage unserer Gerechtigkeit und Bildung, als die Voraussetzung jedes neuen wahren Fortschritts und entrüsten sich unendlich darüber, daß die Sozialdemokratie die Religion vernichten, dadurch die Menschheit wieder in Noth und Wildheit zurückstoßen und jede Entwicklung zum Besseren verhindern will. Vergebens weisen wir gegen diese Schreier darauf hin, daß unsere Parteigrundsätze unsern Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft richten, gerade um freie Bahn zu schaffen für jeden wahren Fortschritt, für die Anteilnahme aller Menschen an Gerechtigkeit und Bildung, daß wir daher alles fördern, was diesem Zwecke wirklich dient, und nur das bekämpfen, was ihm entgegen ist; daß wir endlich es im übrigen jedem Parteigenossen überlassen, zur Religion die Stellung zu nehmen, die seiner Ueberzeugung entspricht. Unsere Gegner lassen sich aber dadurch nicht im geringsten von ihrem heiligen Eifer gegen die „Religionslosigkeit“ der Sozialdemokratie abbringen und benutzen jede passende und unpassende Gelegenheit, um zu versichern, daß sie — und sie allein — die wahren, echten Christen sind und danach handeln.

Jetzt haben unsere Gegner im Reichstag eine passende Gelegenheit, ihren religionsfreundlichen Worten die Tat folgen zu lassen. Denn bei dem Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe kommt es ja darauf an, Geltung einem Gebote zu verschaffen, das alle Religionen ihren Gläubigen vorschreiben, und das, wie auch die Ungläubigen anerkennen, in der Tat eine der unerlässlichen Voraussetzungen für Gerechtigkeit und Bildung ist.

Vor mehr als zwanzig Jahren bereits hat die Gesetzgebung bei uns den Anfang damit gemacht, die Sonntagsruhe durchzuführen, soweit sie zur Erholung der die ganze Woche hindurch schwer arbeitenden Menschen notwendig ist. Die Geschäftszeit der offenen Verkaufsstellen wurde damals an den Sonntagen eingeschränkt und eine weitere Verkürzung zugelassen.

Schon gegen diese, sehr vorsichtigen Maßnahmen ergriffen sich weite Kreise der beteiligten Geschäftsleute, weil sie davon eine schwere Schädigung ihres Geschäftes befürchteten. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß alle derartigen Befürchtungen unbegründet sind. Die Sonntagsruhe, die Möglichkeit für die Geschäftsleute und ihre Angestellten und Arbeiter, sich an den Sonntagen in der Natur oder an künstlerischen und sonstigen Veranstaltungen zu erholen, verringert nicht den geschäftlichen Verkehr, sondern steigert im Gegenteil die Nachfrage nach einer ganzen Reihe von Waren. Und sobald die Kunden wissen, daß alle Geschäfte, von denen sie diese oder jene Ware beziehen, an den Sonntagen geschlossen sind, so richten sie sich darauf ein und machen ihre Einkäufe, wie es sich gehört, nämlich an den Wochentagen.

So günstig sind die Erfahrungen mit der Beschränkung der Geschäftszeit an den Sonntagen, daß viele Gemeinden, große, mittlere und selbst kleinere, aus freien Stücken eine weitergehende Sonntagsruhe durchgeführt, jeden Geschäftsbetrieb an den Sonntagen verboten haben, selbstverständlich mit Ausnahme der Geschäfte, die wie Gastwirtschaften zur Erholung der Bevölkerung offen sein müssen oder frische Lebensmittel liefern. Auch dies hat sich aufs Beste bewährt. Daher haben die Sozialdemokraten schon lange die Ausdehnung dieser Sonntagsruhe auf das ganze Reich gefordert.

Unsere „echten“ Christen erleben also hier die Freude, daß für die Durchführung eines der wichtigsten christlichen Gebote auch die Sozialdemokratie eintritt. Demgemäß mußte die Beratung des Gesetzentwurfes über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe alle Parteien im eifrigsten Wettstreit für eine gute Sache vereinen.

Es ist aber ganz anders gekommen. Die bürgerlichen Parteien, die „echten“ Christen, die begeisterten Vorwörter der Religion, wollen plötzlich von der Durchführung einer ernsthaften Sonntagsruhe, von der Befolgung des christlichen Gebots, den Sonntag zu heiligen, nichts wissen.

Wie ist das zu erklären? Sind die bürgerlichen Parteien in ihren alten Tagen vom Christentum abgefallen? Durchaus nicht. Im Gegenteil versichern sie

immer wieder, daß sie sich so gerne ihrem christlichen Herzen folgen und eine ernsthafte Sonntagsruhe durchführen möchten — aber, es geht halt nicht, das Geschäft erlaubt das nicht.

Unter den Geschäftsleuten gibt es so manchen, der unter dem Druck des Großkapitals schwer zu kämpfen hat. Jeder Ausfall im Geschäft ist für ihn ein arger Schlag. Deshalb verfolgt ihn die Sorge, ob er nicht doch durch den Geschäftsschluß an den Sonntagen einen Kunden verlieren werde. Wenn auch in anderen Städten solche Folgen nicht eingetreten sind, dies ist doch für den einzelnen Geschäftsleute keine unbedingte Sicherheit. Deshalb bestürmt er seine Partei, daß sie im Reichstag nichts gegen sein Geschäft an den Sonntagen tue.

Auf der anderen Seite freilich rühren sich auch die Geschäftsleute, die etwas weiter bliden, die sich durch die Erfahrung belehren lassen, deshalb überzeugt sind, daß sie von einer ernsthaften Sonntagsruhe keine Schädigung haben werden, und die sich nicht länger durch beschränkte Nachbarn um den freien Sonntag bringen lassen wollen. Das ist ja leider das Schlimmste in dem Geschäftsleben, daß die Geschäftsleute, die ihre Läden an den Sonntagen offen halten, damit die anderen Geschäftsleute, die das gar nicht mitmachen wollen, nur zu oft schließlich doch zu dem gleichen Verhalten zwingen. — Außerdem melden sich die Angestellten und Arbeiter, die sich nicht an den Sonntagen zwecklos in dem Laden herumdrücken, sondern den Tag zu ihrer Erholung haben wollen.

Unter diesen Umständen müßten die Parteien, die wirklich von der Notwendigkeit des freien Sonntags überzeugt sind, genau wissen, was sie zu tun haben. Sie müßten in sich die Kraft fühlen, selbst dem letzten Geschäftsleute klarzumachen, daß der freie Sonntag auch für ihn ein Fortschritt ist, auch ihm zum Segen gereicht.

Diese Kraft trauen sich aber einzig und allein die — angeblich so religionslosen Sozialdemokraten zu. Sie haben in der Reichstagskommission die Vorschläge gestellt, um eine ernsthafte Sonntagsruhe sachgemäß durchzuführen, und sie haben die Möglichkeit und die Nützlichkeit dieser Maßnahmen eingehend und überzeugend dargestellt.

Die bürgerlichen Parteien dagegen halten sich — trotz ihres „echten“ Christentums — für unfähig, die Folgen des christlichen Gebots, den Sonntag zu heiligen, auf sich zu nehmen. Vielleicht hat doch dieser oder jener Geschäftsleute einen Schaden von der Sonntagsruhe oder, wenn er ihn tatsächlich gar nicht hat, kann er sich ja einbilden, daß er jedoch ein besseres Geschäft machen würde, wenn er an den Sonntagen sein Geschäft aufmachen könnte. Die Folge davon würde sein, daß dieser oder jener Geschäftsleute das Vertrauen zu seiner bisherigen Partei verlieren könnte. Und weshalb sollen sich die bürgerlichen Parteien dieser Gefahr aussetzen? Hier kommt ja nicht der Zollwucher, nicht der Gewinn der Großkapitalisten in Betracht, sondern „nur“ die Rücksicht auf die Erholung der Menschen, auf Gerechtigkeit und Bildung, auf eines der wichtigsten religiösen Gebote. Daher muß hier nach der „echten“ christlichen Auffassung der bürgerlichen Parteien das Geschäft vorgehen. Und so stimmen die Herren in der Reichstagskommission die Vorschläge zur Durchführung einer wirklichen Sonntagsruhe nieder.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

In rascher Folge erledigte der Reichstag am Montag eine ganze Reihe kleiner Vorlagen, und bewilligte dann das Etatsnotgesetz, das bei der Verzögerung in der Beratung des ordentlichen Etats notwendig geworden ist. Bei der zweiten Lesung des Nachtragsstats für 1913 wurde die Frage des bekannten Grundstücks in der Viktoriastraße zu Berlin behandelt, die schon im vorigen Jahre viel erörtert worden ist. Es handelt sich um den Erwerb eines Grundstücks für Zwecke des Militärkabinetts, ein ganz eigenartiges Geschäft, bei dem die Militärverwaltung außerordentlich selbstständig vorgegangen war. In der Budgetkommission hatte die Regierung keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Vorgehen nicht korrekt gewesen ist. Selbstverständlich war aber an der Sache selbst nicht mehr viel zu ändern. Die Kommission beantragte deshalb, daß die Zweckbestimmung des Grundstücks späterer Beschlußfassung vorbehalten werden soll, und verlangte ferner, daß die Frage des Regreßanspruches des Reichs einer näheren Prüfung zu unterwerfen ist. Des weiteren sollen in Zukunft Grundstücksgeschäfte etatsrechtlich die Behandlung von Kaufgeschäften erfahren, und endlich wird vom Reichskanzler die beschleunigte Vorlegung eines Reichswirtschaftsgesetzes gefordert. Genosse Stücken gab eine ausführliche Schilderung der Vorgänge, wie sie sich abgepielt haben, und bei denen sich die

absolut unzulässige Selbstherrlichkeit der Militärverwaltung gezeigt hat. Er ließ keinen Zweifel darüber bestehen, daß es sich hier um eine höchst unangenehme Schiebung handelte, der gegenüber der Reichstag ein sehr energisches Wort sprechen müsse. Auch die Redner der anderen Fraktionen waren genötigt, das Verfahren zu kritisieren, und der Schatzsekretär ebenso wie der Kriegsminister plädierten nur auf mildernde Umstände. Genosse Ledebour hob demgegenüber die unbedingte Notwendigkeit hervor, mit aller Schärfe die Wiederkehr solcher peinlicher Erscheinungen zu vermeiden.

Nach Annahme der Kommissionsanträge wurde der Etat des Reichsschatzamts in zweiter Lesung erledigt. Genosse Stolle benutzte die Gelegenheit, um das System der Einfuhrscheine einer energischen Kritik zu unterwerfen.

Am Schlusse der Sitzung gab es noch eine Debatte über die Veteranenbeihilfen, bei der Genosse Südekum die Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion kurz darlegte. Entsprechend der immer eingenommenen Haltung will die sozialdemokratische Fraktion eine möglichst weitherzige und gerechte Behandlung der Veteranen erwirken.

Heute wird der Etat für Kiautschau beraten.

Agrarische Steuersehen.

Die „Lehrerzeitung für Ost- und Westpreußen“ brachte kürzlich wieder einmal ein Beispiel agrarischer Steuersehen. Daraufhin forderte die „Ostpreussische Zig.“ unter Aussetzung einer Prämie von 50 Mk. Nennung des Namens jenes Agrariers. Das ostpreussische fortschrittliche Parteisekretariat erbiethet sich unter Bezugnahme auf die Auslobung folgende Tatsachen mit Angabe von Namen und Ort unter Beweis zu stellen: 1. In einem Orte wird bei der Steuereinschätzung von kleinen Besitzern der Hektar Landes mit 120—150 Mk., den Großgrundbesitzern desselben Ortes der mindestens gleichwertige Acker pro Hektar nur mit 38 Mk. angerechnet. 2. In einem anderen Orte zahlte der Rittergutsbesitzer, der sich wenige Jahre darauf ein schloßartiges Gebäude erbauen ließ, 6 Mk., der Pfarrer derselben Gemeinde, der mit 10 000 Mk. sein Leben versichert hatte, 9 Mk. und der junge Lehrer, der Privatvermögen nicht besaß, 12 Mk. Steuern. 3. Auch den konservativen Blättern sollte aber auch genügend bekannt sein, daß ein anderer, sehr bekannter Rittergutsbesitzer, der in der Lage war, die umfangreichsten Meliorationsarbeiten ausführen zu lassen und sich einen Hochzeits-Extrazug zu mieten, eine Zeitlang keinen Pfennig Einkommensteuer bezahlte hat.

Abwehremahnahmen gegen die Einfuhrscheine.

Bereits vor einiger Zeit ist mitgeteilt worden, daß die russische Regierung mit der Absicht umgeht, Maßnahmen zu ergreifen, um die Wirkung der deutschen Getreide-Einfuhrscheine aufzuheben. Wie aus Petersburg gemeldet wird, ist nun in der Finanzkommission des russischen Parlaments einstimmig beschlossen worden, einen Zoll von 30 Kopeken für das Rub deutsche Weizen oder Getreides zu erheben, das in die Grenzdistrikte im Westen von Rußland zur Einfuhr kommt.

Diese Distrikte werden mit deutschem Getreide geradezu überschwemmt, weil den Agrariern für die Getreideausfuhr in Form der Einfuhrscheine eine Prämie in der vollen Höhe des Zolles gewährt wird. Die russische Bevölkerung kommt damit zum Schaden der deutschen Verbraucher in den Besitz billigen deutschen Getreides. Wenn nun Rußland einen Zoll auf deutsches Getreide legt, dann sind die Einfuhrscheine zwecklos geworden, weil der Gewinn, den bisher die Agrarier daraus zogen, in die russischen Zolllassen fließen würde. Man darf also damit rechnen, daß endlich eine Beseitigung dieses so ungemein schädlichen Systems erfolgt.

Klerikale Vorschläge zum Rechtsbruch.

Einst, in den Tagen des Kulturkampfes, wurde die Zentrumspresse müde von der Justiz verfolgt; es hängelte nur so von Strafen, und stolz erzählt Herr Erzberger in seiner „Geschichte des Kulturkampfes“, daß der „Germania“ an einem Tage 36 Anklagen ins Haus geflogen seien. Welcher Niedrigkeiten aber heute die klerikalen Helden gegen politische Gegner, die sich in den Mäusen der preussischen Gerechtigkeit verstrickt haben, fähig sind, zeigt eine Notiz der klerikalen „Essener Volkszeitung“ gegen die Genossin Luxemburg. Das Blatt bezieht sich auf eine Aeußerung der „Deutschen Tageszeitung“, daß es ein schlechthin unhaltbarer Zustand sei, daß eine Persönlichkeit, die eben erst von einem deutschen Gericht wegen eines schweren Vergehens bestraft worden sei, ihre gesetzwidrige Tätigkeit in besonders demonstrativer Weise fortsetzen dürfe, und schreibt dann:

„Wird diesem herausfordernden Treiben, das eine dreifache Verhöhnung des Staates und der Rechtspflege

darstellt, nicht baldigst Inhalt gefast, dann muß in den weitesten Volksteilen der Respekt vor der Majestät des Staates und Gesetzes in bedenklichster Weise erschüttert werden. Man darf deshalb wohl erwarten, daß Frau Luiza Luxemburg möglichst schnell zum Austritt ihrer Strafe genötigt, und daß sie selbstverständlich sofort von neuem unter Anklage gestellt wird. Uns scheint, man hat ihrem Treiben schon zu lange ruhig zugehört.

Man sieht, wenn es sich um gemeine Denunziationen handelt, läßt sich die liberale Presse von Knuten-Dortel noch lange nicht überlassen. Daß das Frankfurter Urteil noch gar nicht rechtskräftig ist und somit die Vorhänge von der sofortigen Verhaftung auf einen glatten Rechtsbruch hinauslaufen, geniert diese edle Sippchaft nicht im mindesten.

Das preussische Abgeordnetenhaus

setzte am Montag zunächst die Debatte über die Neuköllner Eingemeindung fort. Während sich die Konservativen prinzipiell dagegen aussprachen, bestritt Gen. Adolf Hoffmann die Vorlage, wobei er gleichzeitig der Regierung einen Hieb versetzte, weil sie sich im Gegensatz zu ihrer sonstigen Haltung gegen die Eingemeindung der Vororte in Berlin wehrt. Die Debatte endete mit der Überweisung an die verstärkte Gemeindeforschungs-Kommission. Auf allseitige Zustimmung ließ die Novelle zum Fürsorgeerziehungs-Gesetz. Diese Novelle besteht nur aus einem einzigen Absatz, der den § 1 dahin abändert will, daß die rechtmäßige Entfernung gefährdeter Kinder aus ihrer Umgebung möglich gemacht wird. Für diese Änderung traten auch die Genossen Adolf Hoffmann und Hirsch ein; sie betonten aber ausdrücklich, daß es viel wichtiger sei, positive Maßnahmen zur Verhinderung der Verwahrlosung der Kinder zu ergreifen. Schließlich wurde noch eine Reihe kleinerer Etats erledigt. In einer Debatte kam es nur beim Etat der Zentralgenossenschaftskasse.

Der Seniorenkonvent des Reichstages

beriet am Montag darüber, welche Gegenstände in den nächsten Tagen zur Beratung kommen sollen. Donnerstag und Freitag sollen Wahlprüfungen, der Quell-Antrag und der Gesetzentwurf über die Konkurrenzklause auf die Tagesordnung gesetzt werden. Man hofft, bis Freitagabend die Beratungen hierüber zu beenden. Es kam noch in Betracht, die Postdampfer-Vorlage auf die Tagesordnung zu stellen; doch wurde hiervon abgesehen, weil sich parlamentarische Hindernisse ergaben.

Ein Reichswirtschaftsgesetz.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde am Sonnabend auf Antrag der Nationalliberalen beschlossen, die Regierung um Vorlage eines Reichswirtschaftsgesetzes zu ersuchen. Es wird jetzt mitgeteilt, daß die Regierung ein solches Wirtschaftsgesetz schon vorbereitet habe und der Lage sei, es bald vorzulegen.

Die Fortschrittler gegen Liebert.

Der Leipziger Korrespondent des „Berl. Tageblattes“ telegraphiert seinem Blatte unter dem 23. d. Mts.: „Wie ich aus Leipziger Kreisen der Fortschrittlichen Volkspartei erfahre, erwartet man ganz bestimmt, daß die Fortschrittler auf Grund des Abkommens mit den Nationalliberalen bei der Stichwahl in Borna-Begau einmütig gegen Liebert stimmen werden. Leider ist man in Leipzig ebenso wie in Dresden nicht in der Lage, eine dahingehende offizielle Parole für die Stichwahl in benachbarten Wahlkreise auszugeben, da man dafür nicht zuständig ist.“

Der Fall Poljakow.

In der Angelegenheit des in Köln unter dem Verdacht des Taschendiebstahls verhafteten russischen Offiziers Poljakow ist am Montag eine Kommission des preussischen Justizministeriums in Köln eingetroffen, um die Angelegenheit eingehend zu untersuchen. Die Personen, welche den russischen Offizier angeschuldigt haben, sind nochmals einem eingehenden Verhör unterzogen worden; über das Ergebnis war bisher Bestimmtes noch nicht zu erfahren.

Fortschrittliche Schutz Zolltarif.

Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Hänel hat sich dieser Tage in einer Volksversammlung u. a. auch über die Stellungnahme seiner Partei zu den zollpolitischen Fragen ausgesprochen. Er führte aus:

Die fortschrittliche Volkspartei werde im Falle einer Änderung des Zolltarifs in erster Linie für eine Ermäßigung der Zölle auf Zucker und Zuckermittelstoffe eintreten und sich mit Entschiedenheit gegen Zölle auf Milch und Obst und etwa solcher auf Getreideerzeugnisse wehren, der gerade der Schutz bei inländischen Mägerten von den deutschen Landwirten (?) mühe begahit werden. Was den Getreidezoll anbelangt, so müsse man zugeben, daß er nicht zu hoch sei.

Herr Hänel bestätigte mit seinen Ausführungen nur die schon längst gemachte Erfahrung, daß die fortschrittliche Volkspartei als Mittämperin für die Herabsetzung der Lebensmittelpreise nicht mehr in Frage kommt. 1902 kämpfte die Freisinnige Vereinigung noch tapfer an der Seite der Sozialdemokratie und die Freisinnige Volkspartei bemühte sich wenigstens, den Schein zu wahren, als ob es ihr mit der Ablehnung der Schutzzölle ernst sei. Heute hat der inzwischen zur fortschrittlichen Volkspartei geeinigste entgegengesetzte Liberalismus gegen einen Zoll von 5 Mark auf den Doppelzentner Roggen und von 5,50 Mark auf den Doppelzentner Weizen nichts mehr einzusetzen, und es ist sogar recht zweifelhaft, ob er einer weiteren Erhöhung und der Einführung des sog. lädenlosen Zolltarifs einen nennenswerten Widerstand entgegenzusetzen würde.

Keine Einschränkung der Postlagerbriefe.

In letzter Zeit wurde vielfach einer Einschränkung der Postlagerbriefe Erwähnung getan, weil diesem Postlagerverkehr oft unlautere Motive zugrunde liegen. Aus praktischen Gründen will sich aber die Postverwaltung zu einer solchen Beschränkung des Postlagerverkehrs nicht entschließen. In Frankreich und Belgien hat man solche Einschränkungen des Postlager-

verkehrs eingeführt. Aber die Folge war, daß sich nun besondere Bureau's gebildet haben, bei denen dieser Briefverkehr viel ungestörter vor sich geht. Daher steht die Postverwaltung den bisherigen Vorschlägen zum Postlagerverkehr ablehnend gegenüber.

Ein Gradmesser preussischer Kultur.

Im Jahre 1912 sind nach der „Deutschen Juristenzeitung“ in Preußen 17 Personen hingerichtet gegen 19 im Jahre 1911, 22 im Jahre 1910, 19 im Jahre 1909, 10 im Jahre 1908, 15 im Jahre 1907, 13 im Jahre 1906, 7 im Jahre 1905, 21 im Jahre 1904 und 16 im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Unter den Hingerichteten befanden sich 15 (im Jahre 1911 17) männliche und 2 (2) weibliche Personen.

Die Vorteile des zollfreien Grenzverkehrs in Baden

Der Verband der Bäckermeister beantragt in einer Petition an den badischen Landtag eine Einschränkung des zollfreien Grenzverkehrs mit Mehl- und Backwaren an der badisch-schweizerischen Grenze. Er verlangt Herabsetzung der Menge des aus der Schweiz einzuführenden Brotes von 3 auf 0,5 Kilo, des Mehles und anderer Mülereierzeugnisse von 3 auf 1,5 Kilo, ferner Ausstellung der sogenannten Brotarten nur für den eigenen Gebrauch der Inhaber.

Räume der badische Landtag diesem zollwucherischen Verlangen nach, dann würde insbesondere die ärmere Bevölkerung an der badisch-schweizerischen Grenze außerordentlich geschädigt, denn von den Vorteilen des billigen Brot- und Fleischbezuges aus der Schweiz wurde seit dem Bestehen des Zolltarifs von 1912 in starkem Maße Gebrauch gemacht. Erklärte doch der badische Finanzminister in der Petitionskommission der Ersten Kammer, daß auch gegenwärtig der Preis des Mehles in der Schweiz um 8-14 Pfg. per Kilo billiger als in Baden sei. Dadurch stelle sich auch der Preis für 1 Kilo Brot in Baden um 7-8 Pfg. teurer als in der Schweiz. Gleichwohl beschloß die Kommission — sie ist ja die Vertreterin der Eiden und Erlauchten — die Bäcker-Petition in dem Sinne empfehlend zu überweisen, daß die Kontrolle an den Grenzstationen nach Möglichkeit verschärft werde. Ferner sollen bei Neuabschluss des Zoll- und Handelsvertrages mit der Schweiz „die bisherige tief einschneidende Schädigung des einheimischen Bäckergewerbes nach Möglichkeit abgemindert werden.“

Glücklicherweise kam der badische Landtag und auch der deutsche Reichstag das Privileg der badisch-schweizerischen Grenzwohner nicht ohne weiteres beseitigen, denn der am 1. März 1906 mit der Schweiz abgeschlossene Handelsvertrag ist auf 11 Jahre abgeschlossen und die Schweiz legt begreiflicherweise großes Gewicht darauf, daß die in diesem Vertrage befindliche obige Bestimmung für den Grenzverkehr auch aufrechterhalten bleibt.

Trotzdem haben unsere oberbadischen Parteigenossen eine Protestaktion gegen das Verlangen der badischen Bäckermeister eingeleitet, um der Grenzbevölkerung auf alle Fälle die Wohltat der Einführung von billigem Brot und Mehl zu sichern.

Elßaß-Lothringer Schnelljustiz.

Ende voriger Woche sind in Elßaß-Lothringen eine ganze Anzahl Fälle abgeurteilt worden, in denen Zivilpersonen mit Militärpersonen irgend welche belanglosen Zusammenstöße hatten. Es wird jetzt mitgeteilt, daß das Ministerium für Elßaß-Lothringen Anweisung an die Polizeidirektion und Kreisdirektionen gegeben habe, über jeden Fall eines Zusammenstoßes zwischen Militärpersonen und Zivilisten unmittelbar dem Ministerium zu berichten. Die Staatsanwaltschaften sind ersucht worden, die gerichtliche Erledigung jedes dieser Fälle dem Ministerium anzuzeigen. — Angeblich will die Straßburger Regierung mit diesen Verfügungen erzielen, daß in kurzer Zeit ein einwandfreies Bild darüber geschaffen werde, ob solche Zusammenstöße zwischen Militär und Zivilisten über den Rahmen der auch in anderen Großstädten vorkommenden Reibereien hinausgehen.

Dalkwiz will nicht Statthalter von Elßaß-Lothringen werden.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde am Montag bekannt, daß die Kandidatur des preussischen Ministers des Innern, v. Dalkwiz für den Statthalterposten in Elßaß-Lothringen nicht mehr in Frage komme. Wedel bleibe zunächst auf seinem Posten, da, nachdem sich der Plan mit Dalkwiz zerlegt habe, eine geeignete Persönlichkeit nicht vorhanden sei. Rünftig sollen die Funktionen des Statthalters und des Staatssekretärs für Elßaß-Lothringen vereinigt werden, um Meinungsverschiedenheiten, die etwa zwischen dem obersten Leiter und dem Vertreter der reichsländischen Politik im Landtage entstehen könnten, zu vermeiden. Es handelt sich hierbei allerdings um eine Idee, die noch in keiner Weise ausgereift ist. Soll diese Frage bei dem Statthalterwechsel gleich miterledigt werden, dürfte er auch aus diesem Grunde noch längere Zeit hinausgeschoben werden.

England.

Die Revolution der Konservativen. Die Lage in Ulster ist nach wie vor außergewöhnlich ernst. Im Kriegsministerium herrschte den ganzen Sonntag über angestrengte Tätigkeit. Kriegsminister Seely hatte nachmittags eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Asquith. Dieser begab sich hierauf zu einer Audienz in den Buckingham-Palast, um dem König über die augenblickliche Lage Vortrag zu halten. Wie ernst die Situation von den leitenden Persönlichkeiten aufgefaßt wird, geht daraus hervor, daß die meisten Mitglieder des Obersten Kriegsrats, unter ihnen auch Sir John French, am Sonntag im Kriegsministerium eine Sitzung abgehalten haben.

Aus Belfast wird gemeldet, daß zahlreiche Soldaten des Worcesterhire-Regiments ihre Waffen hinwarfen und erklärten, sie würden unter keinen Umständen einem Befehl, gegen die Ulsterleute zu marschieren, nachkommen. Die Offiziere waren nicht imstande, die Meuterei zu unterdrücken. Offiziell wird diese Meldung nicht bestätigt, doch erklärten Polizisten in Belfast verschiedenen Journalisten, daß es sich tatsächlich so verhalte, ein großer Teil der Mannschaften des Re-

giments habe gemeutert und selber dürfte das ganze Regiment aus der Hoochwood-Kaserne, wo es liegt, nicht heraus. Die Kaserne wird von einer starken Polizeibeamtung bewacht.

Amerika.

Ein Wahlsieg in Brasilien? Sonntag wurde in der ganzen Republik die Wahlen für die gesetzgebende Körperschaften vorgenommen. Die Ordnung wurde nirgendwo gestört. In Buenos Aires sollen die Sozialisten gesteuert haben. Das Wahlergebnis wird erst in einigen Tagen bekanntgegeben werden.

Japan.

Eine Ohrfeige, die geessen hat. Das Parlament hat das Budget nicht angenommen. Darauf hat das Kabinett seinen Rücktritt beschloffen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten

Dienstag, 24. März

Achtung, Bauarbeiter! Wegen Differenzen haben alle Maurer auf dem Hochhofenwerk Ihre Arbeit eingestellt. Zugang ist deshalb streng fernzuhalten. Der Zweigvereinsvorstand des Bauarbeiterverbandes.

Frühlingswunder am blühenden Haselstrauch. Und wie der streit die Hasel Goldstaub auf die erwachende Erde und weckt Frühlingssehnen und Frühlingssehnen in winterstarrer Brust. Die lockeren gelben Röhren pendeln und schaukeln im Morgenwind, und Tausende gehen an ihnen vorüber, nicht achtend des Frühlingswunders am schwanken Zweig. Denn ein Wunder der Anpassungsfähigkeit ist so ein unheimbareres Röhren und wohl wert, einmal ein Viertelstündchen genauer betrachtet zu werden.

In schraubenförmigen Linien sitzen zierliche Schläppchen wagrecht um die Spindel herum. Jedes dieser 100 bis 150 Schläppchen ist eine regelrechte männliche Blüte, die freilich jedes Schändes und aller Aufmachung entbehrt. Licht Staubgefäße unter einem schützenden, nach oben zu gewölbten Dächlein. Das ist die ganze Ausstattung der Einzelblüte. Und doch erfüllt sie ihren Zweck in so hohem Maße! Bei ruhiger Luft öffnen sich die Staubgefäße, der Pollen rieselt auf das unter ihm liegende schüsselförmige Schläppchen und der erste Luftzug holt das aufgestapelte Häufchen ab. Gegen einen Regenschauer, der den angehäuften Blütenstaub durchwässert und verderben könnte, schützt das überliegende Schläppchen, und vor der Gefahr, auf feuchten Boden zu fallen und für den Befruchtungszweck verloren zu gehen, behütet den Pollen das unter den Staubgefäßen sich öffnende Schüsselfchen. Bei fürmischen und feuchtem Wetter öffnen sich die Staubbeutel überhaupt nicht dank ihrer hygroskopischen Wände.

Aber trotz dieser mütterlichen Fürsorge geht doch der größte Teil des ausfliegenden Pollens zugrunde. Denn die Hasel hat sich einen gar „windigen“, unzuverlässigen Gefellen als Mitter ihres Befruchtungsgeschäftes erwählt: den Wind. Seine Aufgabe, den Pollen auf die empfangsfähige Narbe zu tragen, löst er nur in sehr unvollkommener Weise; darum muß die Pflanze durch eigene Intelligenz — Selbstregulation nennen es die Biologen — diesen Mangel wieder beseitigen. Und es gelingt ihr vollkommen. Doch bevor wir davon hören, wollen wir erst einmal die weiblichen Blüten anschauen.

Gar zu leicht entgehen sie dem flüchtigen Auge, diese so unendlich zarten, karminroten Pünktchen! Dem ausgefranzten Ende eines roten Wollfadens gleich strecken sich die Narbenäste aus der knospenförmigen weiblichen Blüte hinaus in die Luft, den Pollen aufzufangen. Nicht zufällig haben sie die rote Farbe gewählt. Sie verfolgen einen bestimmten Zweck damit — keinen geringeren als den, das Pollenbröckchen zu veranlassen, seinen Schlauch möglichst rasch auszutreiben und so die eigentliche Befruchtung so schnell als möglich ins Werk zu setzen. Roter Farbstoff setzt nämlich Licht in Wärme um, und es ist nachgewiesen, daß Wachstum weniger durch Licht als durch Wärme gefördert wird. Warum hat es nun die Pflanze so eilig mit dem Befruchtungsvorgang? Denken wir uns einen Strauch mit roten und einen mit grünen Narben. Beide sind gleichzeitig mit Pollen bedeckt worden und werden nach einiger Zeit von einem Regenschauer getroffen. Dann wird an den roten Narben die Befruchtung bereits im Gange sein, während sie an den grünen noch verhindert werden kann — denn der Pollen läuft Gefahr, von der Narbe weggewaschen zu werden.

Nun zu unserer oben aufgestellten Behauptung! Um die Unzuverlässigkeit des Windes unschädlich zu machen, wirft sich der Haselknospenstrauch zunächst auf Massenfabrikation von Blütenstaub. Mag nun viel unnütz verweht werden, die Menge erhöht doch die Aussicht auf glückliche Befruchtung. Dann hängt er die Röhren weit hinaus an die Enden der Zweige. Da können sie desto luftiger schaukeln. Die starren Winterblätter lodern, er, daß jedes Lüftchen ungehindert Zugang erhält zu den niedlichen Streubüscheln. Er blüht im zeitigen Frühjahr, wo der Wind noch ungehemmt durch das kahle Geäst streifen kann. Nun verstehen wir auch, warum die Windblütler so ganz und gar auf die raffinierten Liebeskünste ihrer Verwandte, der Insektenblütler, verzichten. Sie haben sie nicht nötig die lockenden Farben, den süßlichen Duft, den süßen Nektar. Ihr Wohl, der Wind, würde sie doch nicht beachten, darum verharren sie auch in ihrem schmucklosen und doch so zweckmäßigen Kleid, das ihnen durch viele Jahrtausende — das warke Geschlecht des Haselstrauchs reicht bis in die Tertiärzeit zurück — die Nachkommenhaftigkeit gestichert und das dem Naturfreund so viel der Rätsel zu lösen gibt!

Der Polizeileutnant auf dem Marsche. Schon seit einiger Zeit kursierte das Gerücht in der hiesigen Bevölkerung, daß die Polizeibehörde mit dem Plan umgehe, einen Polizeileutnant nach preussischem Muster und wahrscheinlich auch aus preussischen Gefilden in Lübeck anzustellen. Es gibt wohl außer der vorgenannten Behörde nur ganz vereinzelte Leute, die ein Bedürfnis für einen derartigen Leutnant anerkennen werden, und die Tatsache, daß man auch in Preußen Polizeileutnants hat, ist doch kaum als eine ausreichende Begründung anzusehen, zumal die Sache ja allerlei Geld kostet. Jetzt ist der Plan der Polizeibehörde bereits soweit gediehen, daß sich heute abend der Bürgerausschuß damit beschäftigt wird. Es dürfte darüber dort und in der Bürgerschaft zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen.

Leure Geschenke. Immer wieder kann man die verlockenden Anzeigen gewisser Firmen lesen, die ihre Waren, sei es eine Zither oder ein Phonograph oder eine Armbanduhr oder sonstige Gegenstände, verschenken. Verlockend sind diese Anpreisungen freilich nur für den Unkundigen. Der Kundige weiß, daß kein Kaufmann seine Ware verschenkt. Der Preis für die angeblich zu verschenkenden Sachen muß eben bei den Nebensachen, bei den Notenblättern, den Platten oder gar, wenn es sich um eine Armbanduhr handelt, bei den 100 Postkarten, die unbedingt zu kaufen sind, wenn man das Geschenk haben will, herauspringen. Es handelt sich bei den „verschenkten Sachen“ stets um minderwertige Waren, die durch solche unlautere Anzeigen abgesetzt werden sollen. Ein reelles Geschenk macht diese Reklame, die gegen das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs verstößt, nicht.

b. Schwurgericht am 23. März. Kleine Ursachen, große Wirkungen. Eine Auseinandersetzung des Brenner-Kopreith in Schönböden mit der Ehefrau Hahn, die bereits das Zivilergericht beschäftigte, brachte den früher beschuldigten jetzt auch wegen Meibesverdacht vor das Schwurgericht. Im Sommer vorigen Jahres stellte Frau Hahn wieder einmal ihren Kinderwagen in den Hof und zwar unter das Fenster Kopreiths, der wegen Nacharbeit am Tage schlafen mußte. Der Gesang des Säuglings begeisterte den Mann nicht besonders, aber ein bequemerer Platz war für das Kind nicht zu finden. Es kam zu einem Streit, bei dem Frau Hahn ins Gesicht geschlagen und der Kinderwagen, der zwischen den Armen einer Schiebkarre stand, umgeworfen und gegen einen Drahtzaun geschleudert worden sein soll. In dem Rechtsstreit forderte die Frau wegen Beschädigung des Wagens 10 Mark Schadensersatz. Dem Beklagten wurde am 11. Oktober der Eid zugesprochen. Er beschwor, daß Frau Hahn selbst den Wagen umgeworfen habe, wodurch jene Klage gegenstandslos und Frau Hahn mit ihrer Forderung abgewiesen wurde. Daraufhin bezichtigte der unterliegende Teil den anderen des wissentlichen Meineids. In der heutigen Verhandlung stehen sich die Zeugnisaussagen gegenüber, insbesondere behaupten Frau und Tochter des Angeklagten, der Vorgang habe sich so abgepielt, wie er vor dem Zivilgericht beschworen worden sei. Eine wegen Krankheit im Hause verbliebene Nachbarin bekundet allerdings das strikte Gegenteil. Die Geschworenen konnten sich von der Schuld des Angeklagten nicht überzeugen, sie verneinten sowohl die Frage nach wissentlichem wie nach fahrlässigem Faltschuld. Daraufhin wurde Kopreith freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt.

Feuer im Leuchtturm zu Travemünde. Gestern mittags nach 1 Uhr kam auf dem Leuchtturm zu Travemünde ein Schiffsfeuer zum Ausbruch, dessen Entstehung auf die Unachtsamkeit der auf dem Turm arbeitenden Klemperer zurückgeführt wird. Es brannte in dem über dem Apparate- und Lampenraum gelegenen Dachboden. Da der Turm die beträchtliche Höhe von 99 Metern hat, waren die Löscharbeiten sehr beschwerlich. Von Lübeck wurde die Automobil-Dampfspritze herbeigekommen, bei deren Eintreffen jedoch das Feuer schon von der Travemünder Wehr und dem Leuchturmpersonal ziemlich gelöscht war. Die über dem Lampenraum befindliche Decke ist eingestürzt. Es gelang jedoch, die Leuchtfeueranlagen zu retten, sodaß eine Unterbrechung des Leuchtfeuerbetriebes in der Lübecker Bucht für die Seeschifffahrt nicht eintritt. Der Dachstuhl des Turmes ist ausgebrannt, jedoch ist der Schaden nicht so erheblich, als es zuerst den Anschein hatte.

pb. Diebstähle. Aus einer Bodenkammer des Hauses Mühlenstraße 54 sind am 23. d. Mts. mittelst Einbruchs gestohlen worden: Ein Kraxing mit dem Namen Hermann Koop und der Fahrezahl 25.12.13, eine lange Doublee-Damenuhrente, eine goldene Damen-Memorialuhr und 7,80 Mark in bar. — Am 22. d. Mts. wurde in der Herberge in der Deppenau eine silberne Herren-Schiffeluhre gestohlen, in deren Deckel die Inschrift: F. Böhm, Bonn a. Rh. sich befindet. Der festgenommene Täter will die Uhr an einen Unbekannten verkauft haben. Der unbekannte Käufer wird er sucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Frei-Mittheilung Haus-Theater. Man schreibt uns: Die erfolgreiche Neuverweilung in Hamburg, da lacht das Herz, geht am Dienstag zum letzten Male mit Charly Wittong als Gast in Szene. Am Mittwoch findet die Eröffnung der dreitägigen burlesken Operette „Das Liebes-Sanatorium“ von Rudolf Baron statt, die am Königs-Theater zu Budapest ihre Uraufführung erlebte und von hier aus mit großem Erfolg an mehreren deutschen Bühnen zur Aufführung gelangte. Das Stück wird vom Dichter-Komponisten selbst in Szene gesetzt. Wir machen noch darauf aufmerksam, daß vom „Liebes-Sanatorium“ nur 5 Aufführungen stattfinden können, da das Dub. Baronsche Gastspiel am Sonntag, 29. März, schließt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: „Cavalleria rusticana“ und „Der Bajazzo“, zwei der ersten Repräsentanten der italienischen Oper, gehen heute abend über unsere Bühne. Frau Offenbergs Santuzza, der Turiddu von Willy Kollwitz in der ersten Oper und Frau Lilli Schmidt's Nedda und Schöffels Canio in der zweiten, sind alle noch von der letzten Aufführung her in guter Erinnerung. Auch der Garmoz Lonio darf nicht unerwähnt bleiben. Morgen gehen auf vielfachen Wunsch die Schiffsbrüder in Szene. Im Interesse der sehr geschädigten Volksgesundheit kann ein möglichst reichlicher Besuch solcher Vorstellungen nicht genug gewünscht werden. Dem populären Charakter dieser Aufführung soll der angelegte Eintrittspreis von 1 Mk. für alle Plätze entsprechen.

Hamburg. Der Motorschoner „Jimmo“ ist der von dem Lloyd-Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ in Grund gerannte Schoner. Es steht jetzt positiv fest, daß der Schoner, der von dem Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ überannt worden ist, der Motorschoner „Jimmo“ ist. Es liegt von dem Kapitän des untergegangenen Schoners ein Telegramm vor, wonach fünf Mann seiner Besatzung von einem norwegischen Dampfer in Flekkefjord gelandet sind. Drei Mann werden vermißt. Sie sind höchst wahrscheinlich ertrunken, da keiner der andern Dampfer sie an Bord genommen hat. Es sind dies der Steuermann, ein Bruder des Kapitäns und zwei Maschinisten. Der Kapitän der „Jimmo“ erzählt, daß er durch einen Schrei aufgeweckt worden und aus der Koje gesprungen sei. Während er die Treppe hinaufstieg, habe der Zusammenstoß stattgefunden; er behauptet, daß das Unglück auf einen Wandvoranker des „Kaiser Wilhelm der Große“ zurückzuführen sei. Es ist auffallend, daß man vom Lloyd-Dampfer, der doch gewiß Scheinwerfer und dergleichen an Bord hatte, um die See abzufinden, das Boot mit den Männern nicht gesehen hat. Vielleicht und hoffentlich schafft darüber, wie noch über verschiedenes andere, die Seemannsverbandlung Klarheit.

Neumünster. Großfeuer. Auf dem Sägewerk von J. C. Blund in Wankendorf ist in der Nacht zum Montag ein Holzlager im Werte von 80 000 Mark niedergebrannt.

Hensburg. Preussische Kultur in der Nordmark. Der Wachsamkeit der preussischen Behörden ist es wieder einmal gelungen, zwei schwere politische „Verbrechen“ in flagranti zu ertappen, und sie durch sofortiges Abschließen über die Grenze an der Fortsetzung ihres „Staatsgefährlichen Treibens“ zu verhindern. Die beiden „Schwerverbrecher“, die es offenbar auf die Sicherheit des Deutschen Reiches abgesehen hatten, sind — zwei junge dänische Künstlerinnen, denen man ihre Staatsgefährlichkeit gar nicht einmal ansieht. Die beiden Damen sind die Konzertsängerin Fräulein Ca Dinesen, die Tochter eines bekannten dänischen Schriftstellers und Gutsbesizers, und die Pianistin Fräulein Helene Prahl, deren Vater Bürgermeister in Ringsted ist. Bei ihrer Ankunft in Kopenhagen haben sie mehr belustigt als getränkt über ihr Schleswiger Abenteuer folgendes erzählt: Sie waren in Sommerstedt im Kreise haderstehender bei einer bescheidenen Gutsbesitzerfamilie zu Besuch und wurden von ihren Gastgebern aufgefordert, an einer kleinen Privatgesellschaft im nahegelegenen Kastoraa zu hängen. Die Damen folgten dieser Einladung, und so beobachtete man sich im Wagen nach dem Orte. Es handelt sich, wie

ge sagt, um eine private Veranstaltung, und die beiden Künstlerinnen wollten keinen materiellen Nutzen aus ihrem Auftreten ziehen. Da plötzlich — es war 10 Uhr und Fräulein Dinesen hatte gerade das aufreizende „Wiegenlied“ von Hartmann gesungen — öffnete sich die Saaltüre und herein trat mit funkelnder Fiedelsaube ein Gendarm. Er trat auf die beiden Künstlerinnen zu und forderte sie auf, sofort den Saal des dänischen Versammlungshauses, wo die Gesellschaft abgehalten wurde, zu verlassen und mit ihm zu Fuß zu dem Amtsvorsteher nach Sommerstedt zu kommen. Da half kein Sträuben, die beiden Damen mußten zu Fuß in ihren defolletierten Toiletten — den Wagen durften sie zur Rückfahrt nicht benutzen — dem Gendarm folgen. Der Amtsvorsteher in Sommerstedt, der, wie Fräulein Dinesen erklärte, im übrigen ein sehr gebildeter und lebenswürdiger Herr war, teilte ihnen mit, daß sie mit dem nächsten Zuge Breuker zu verlassen hätten, da sie ausgewiesen seien. Falls ihnen der mündliche Ausweisungsbefehl nicht genüge, sei er bereit, ihnen einen schriftlichen auszufertigen, der schon vom Tage vorher datiert sei. Auch da half kein Sträuben, und trotz aller Höflichkeit verweigerte der Amtsvorsteher den Damen die Bitte, zu ihren Gastgebern zurückzukehren und die Gesellschaftstafel mit einem Reiseanzug verlassen zu dürfen. Sie wurden dann mit dem nächsten Zuge, der zudem noch ein Bummelzug war, in Begleitung des Gendarmen in einem Abteil dritter Klasse

Auf zur Wahl!

Am kommenden Donnerstag, dem 26. März, findet im nördlichen Teil des Fürstentums Lübeck die Ersthauptwahl zum Landtage statt. Die Wahlhandlung beginnt in allen Wahlbezirken um 11 Uhr vormittags und endet 8 Uhr abends. Wahlberechtigt ist, wer das 25. Lebensjahr erreicht und drei Jahre vor der Wahl seinen Wohnsitz im Großherzogtum Oldenburg gehabt hat. Alle über 40 Jahre alten Wähler haben 2 Stimmen; sie müssen zwei Stimmzettel abgeben.

Von dem Ausfall dieser Wahl hängt es ab, ob der schwarz-blaue Block im Landtage wieder die Mehrheit erhalten soll oder nicht. Wer das nicht will, wenn die Interessen des Landes höher stehen als die Interessen einer Handvoll Agrarier, der muß am Donnerstag seine Stimme abgeben für den Kandidaten der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie ist die entschiedenste und energischste Bekämpferin der Schwarzblauen. Das hat sie durch ihre Tätigkeit im Reichstage und Oldenburger Landtage stets bewiesen. Jeder wirkliche Gegner der Reaktion muß deshalb den sozialdemokratischen Kandidaten wählen.

Die Sozialdemokratie ist die Partei des Kulturfortschritts. Sie tritt ein für den Ausbau unseres Schulwesens durch wesentliche Herabsetzung der Schulfrequenz, Einführung der Einheitschule, Möglichkeit des Aufstiegs befähigter Kinder in höhere Schulen ohne Rücksicht auf den Geldbeutel der Eltern, Übernahme der gesamten Schullasten auf den Staat.

Die Sozialdemokratie fordert ein wirklich freies Wahlrecht ohne einschränkende Bestimmungen für die Gemeindevvertretung und den Landtag; sie tritt ein für eine zeitgemäße Reform des Steuergesetzes auf der Grundlage der Heraushebung des steuerfreien Einkommens und progressive Steigerung der Steuerlast nach der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler.

Die Sozialdemokratie ist die einzige Vertreterin der Interessen des kleinen Mannes in Stadt und Land; sie in diesem Wahlkampfe durch Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel zu fördern, ist deshalb ein dringendes Gebot der Notwendigkeit für alle diejenigen, die schwer um des Leibes Notdurft und Nahrung zu kämpfen haben.

Gehe also jeder Wähler am Donnerstag zur Wahl; scheue er selbst weite Wege und sonstige Unannehmlichkeiten nicht, um von seinem wichtigsten Recht Gebrauch zu machen. Insbesondere müssen alle sozialdemokratischen Wähler, die im Nordbezirk wohnen und außerhalb desselben arbeiten, am Donnerstag von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Es kommt auf jede Stimme an.

Gewählt wird am Donnerstag der Kandidat der Sozialdemokratie

Zimmerer Carl Sid aus Stodelsdorf.

— weil ein Gendarm nicht weiter fahren darf — nach Dänemark an die Grenze dirigiert. Die beiden Damen waren vom Amtsvorsteher noch besonders darauf aufmerksam gemacht worden, sie würden bei Wiederbetreten preussischen Bodens bestraft werden. Und das alles wegen eines Wiegenliedes... Und zur Förderung dieser „Kulturpolitik“, die Deutschlands Ansehen in der Welt nur auf das schwerste schädigen kann, hat der Schleswig-Holsteinische Provinziallandtag, in dem auch Freisinnige ziemlich zahlreich vertreten sind, einstimmig 100 000 Mark aus den Mitteln der Steuerzahler — auch der dänischen in dieser Provinz — bewilligt!

Bremen. Zwei Personen vom Zuge getötet. Sonnabend nachmittag wurden zwischen Barnstorf und Drebber vom D-Zug 94 zwei Frauen und ein zweisechsiges Kind bei unbesugtem Ueberfahren der Geleise überfahren. Eine Frau und das Kind wurden getötet, die andere Frau schwer verletzt.

Rüstringen. Brechprozeß. Das Norddeutsche Volksblatt in Rüstringen hatte im Dezember v. J., als sich von dem Linien Schiff „Düffel“ mehrere Matrosen ohne Urlaub entfernt hatten, zum Ausdruck gebracht, daß auf dem Schiff irgend welche Mißstände vorhanden zu sein scheinen. Wegen dieser Bemerkung wurde der verantwortliche Redakteur vom Landgericht Oldenburg jetzt zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Bürgerliste.

Zu lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamte angenommen: Tischlergeselle Blank, Kontorbote Blunt, Maurergeselle Borwig, Fuhrer Brüggemann in Gr. Schreiftaken. Schuh-

macher Brümmer, Eisenbrechergeselle Bühring, Maschinist Coers, Fensterputzer Grambow, Schlossergeselle Grosse, Buchdruckerhilfe Haebels, Gastwirt Hagelstein, Schänkwirt Hansen, Arbeiter Haps, Arbeiter Hinz, Schlachter Hoffmann, Arbeiter Hünöller, Hilfsarbeiter bei der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte Jürgens, Fuhrmann Koop, Rechtsanwalt Dr. jur. Koch, Volontariatsgehilfe Korn, Dienstmann Krull, Schumacher Kuschner, Schneidermeister Kypke, Arbeiter Lamp, Arbeiter Lebahns, Glasermeister Lempe, Arbeiter Lüth, Expedient Martens, Kanjlist Meister, Träger Meyer, Profurst Mandt, Schreiber Nals, Kaufmann Nölde, Arbeiter Nuge, Kutsher Scharbau, Maurermeister Schloepke, Arbeiter Schmidt, Arbeiter Schöel, Bahnwärter Schröder in Moorgarten, Oberpostassistent a. D., jetzt Bureauhilfe, Schulz, Gastwirt Stamer, Postkassierer Stier, Arbeiter Thiel, Bierfahrer Turlach, Arbeiter Vogelgang, Bäckermeister und Hardsvogl a. D. Wieje.

Dieselben haben am 28. Februar 1914 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Standesamtliche Nachrichten

vom 15. bis 21. März 1914.

Helische Geburten.
a) **K n a b e n:** (Name und Beruf des Vaters).
9. März. Kleinaecker J. K. F. Pöhlke, 10. Zollsekretär P. H. J. Henrich, Tischler K. G. F. E. Wühlke, Brauereiarbeiter C. F. W. Köller, 12. Straßenbahnwagenführer D. Chr. H. Schulz, 11. Klemperermeister G. H. Chr. Schubert, 15. Ingenieur P. H. F. Kaczowski, Friseur H. A. F. Gülthow, Schlossergeselle H. F. Fischer, Kutsher J. W. Nafewitz, 16. Arbeiter J. F. J. Bud, 17. Wertmeister C. F. A. J. Georgi, Arbeiter P. W. J. J. Lundin, 18. Arbeiter J. A. Schwichtenberg, 19. Maurer S. J. Chr. Schröder, Arbeiter J. J. Resjör, 20. Geprüfter Lokomotivheizer J. F. Kewohl.

b) **M ä d c h e n:** (Name und Beruf des Vaters).
9. März. Arbeiter H. L. N. Haferbier, Mäurerer J. H. Th. Hinzmann, 11. Lagerarbeiter D. G. W. Kühne, Schiffskapitän H. A. Weislahn, Zimmermann E. J. S. Chr. Burmeister, Schuhmann A. K. W. Schoof, 12. Hausdiener G. E. Niemeier, 13. Buchdrucker G. E. A. M. R. Peters, Buchhalter H. J. Könnau, Musiker J. Ott, 15. Landmann J. H. H. Kropp, Arbeiter P. A. K. W. Köller, Kaufmann K. H. W. Follens, 16. Arbeiter J. F. H. G. H. Strand, Navigationslehrer J. W. P. A. Bolle, 17. Malermeister K. F. W. Nickel, 18. Arbeiter J. F. F. Ebers, Former J. A. Mohrl, Arbeiter J. H. K. Koop, 19. Schlosser P. H. F. C. Bremer, Arbeiter J. K. Jenner, 20. Arbeiter F. Jesto, 21. Arbeiter H. H. L. Wüller.

Angedordnete Aufgebote.
16. März. Arbeiter H. G. P. Fanzelow und A. Chr. E. Westphal in Gredesmühlen, Schuhmann H. C. F. A. Schulz und B. M. T. Mirow in Ludwigslust, Arbeiter J. Ahlers und A. M. L. Köpff, Musiker J. A. H. Ahrens und E. E. Matbaum, Fabrikarbeiter A. E. H. Crüwele in Bielefeld und C. A. A. H. Hornemann, Bäcker E. F. J. Teus in Fissau und E. J. E. Klüber, Postsekretär J. D. A. Wiende in Malente und T. R. E. Herbit, Verstarbeiter S. Th. A. Matthies und M. H. L. Maus, Versicherungsbeamter H. S. J. Timmermann und A. S. Both, Handlungsgehilfe G. Meiners und E. D. S. Jürs, Schlossergeselle K. H. Chr. Strund und A. J. W. Bohnhoff, Motorbootführer J. H. J. Carlsson und E. M. M. Hemp, Fensterreiner W. J. H. H. Bruhn und A. M. M. E. Dierck in Lüdersdorf, Arbeiter K. Hafertroh und G. Kalinsky, 17. Handlungsgehilfe A. K. H. Grimmer und J. A. L. Gauthier, beide in Hamburg, Kaufmann G. H. F. Knieff und E. S. J. Dräger in Wismar, Bäckermeister K. D. Jacobsen in Sisefer Feld und D. E. E. Wegner in Neuhof, 18. Zimmermann und Tischler P. E. Sopp in Timmendorferstrand und E. M. M. Runge in Kusse, Straßenbahnkassierer J. R. L. Guhl und E. W. W. A. Wegner, Arbeiter J. H. H. Hinge und R. W. A. Wahm-fow, Bureauhilfe K. H. F. A. Lewig und A. J. E. D. Spahrber, Maschinenschlosser Chr. W. J. A. Kisharz und D. M. H. Raush, Tischlergeselle J. W. Spindler und M. M. A. Magnusson, Arbeiter E. A. Schulz und E. M. A. Schmidt, Seemaschinist J. Chr. S. Wätke in Hamburg, Tischler G. H. D. Th. Wötter und W. K. S. Hoffme in Daffow, Weinküfer H. Grabow und A. J. von Pein, beide in Hamburg, 20. Glasergeselle G. M. J. Dahl und B. A. K. Meyer, Malergeselle S. R. J. Kurbach und B. Klappczynski, Portier D. F. W. Steinath und E. K. W. Köller, 21. Maschinendarbeiter R. Chr. F. Stamer und M. D. M. Schöper, Bigfeldwebel L. F. M. J. Büger und B. W. M. Höwing, Mieter G. E. W. A. J. Krippans und E. A. F. Freitag, beide in Hamburg, Bureauhilfe E. M. T. von Böttler und H. E. F. Bud in Wismar, Schlossergeselle G. H. Gondeken und M. M. H. D. Tegtmeyer.

Helische Eheschließungen.
17. März. Privatmann J. W. K. Blessing und E. K. A. Beck geb. Fitch, 18. Telegraphen-Inspektor A. H. L. Knop und H. E. C. Lucas, 21. Mieter P. K. Bencke und B. E. E. Nils, Händler H. K. A. Gemann und A. M. E. Koop, Arbeiter K. D. M. Köll und A. D. E. Dürkop, Dreher Chr. Peterfen und E. M. Chr. Dahlenburg, Arbeiter H. H. Schweimer und S. M. E. Heier, Arbeiter H. D. Chr. Dreser und J. M. W. Mull, Arbeiter W. Chr. Maus und A. D. W. A. L. Kuhlmann, Arbeiter E. D. F. Köller und K. M. W. Langpaap geb. Wötter, Diener D. Weidking in Düsseldorf und M. M. E. Gerds, Arbeiter E. J. K. Schmidt und B. A. Gärtner, Arbeiter E. Victor und J. M. E. Thimm, Schlachter E. J. Chr. K. Gühse und J. J. K. Lamprecht, Schiffskapitän A. Chr. Persson und A. W. A. Straubing, Oberbootsmannsmaat M. E. P. Steffens in Sonderburg und J. H. J. K. Grimm in Wernigerode a. S.

Esterbefälle.
14. März. Buchhalter E. A. Kulan, 42 J., 15. Lokomotivführer a. D. W. L. F. H. Strud, 82 J., früherer Schneider J. H. C. Eggert, 79 J., K. E. M. Stammer, 21 J., Maschinist E. M. L. Eritsson, 68 J. (Stockholm), 16. E. W. W. Wegert, 2 Mt., F. D. E. geb. Schöen, Witwe des Arbeiters F. Boigt, 84 J., Zuschläger G. A. Sorgenfrei, 23 J., Dienstmädchen A. D. S. Bebenitz, 20 J., F. E. geb. Vintmeyer, Ehefrau des Handlungsgehilfen A. H. Geoth, 33 J. (Schlutup), K. H. M. P. Behnte, 4 Mt., E. M. H. Burmeister, 19 J., 17. H. E. B. geb. Schildt, Ehefrau des Photographen H. C. G. Schwabroch, 30 J., Holländer J. Th. Döthe, 50 J., 18. M. geb. Sammel, Witwe des Kaufmanns K. Weber, vorher verw. Bode, 54 J., A. Herrmann, 73 J., A. M. C. geb. Kröpelin, Ehefrau des Schiffsführers C. J. F. Paetow, 37 J., Arbeiter J. H. Bohndorf, 84 J., J. H. J. K. Rohweder, 12 J., 19. W. M. K. Ehlers, 2 J., J. Chr. Kacjelan, 10 Mt., E. D. Ott, 58 J. (Gadenburg), 20. J. M. geb. Elbert, Witwe des Ladenters J. A. Rüttemeyer, 71 J. (Denabrück), A. A. H. Kidarts, 46 J., Tabaksarbeiter H. Chr. C. Mohms, 60 J., 21. Privatmann J. C. A. Halle, 94 J., D. E. geb. Kutz, Ehefrau des Schuhmachers J. C. H. Grabo, 83 J.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwit, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Komitee- und
Kommissionssitzungen**

D. T. V.

Vorstands-Sitzung
am Mittwoch, dem 25. März
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
2229) Der Vorstand.

Maireier-Komitee.

Sonnabend, dem 28. März
abends 8 1/2 Uhr
Sitzung
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50-52.

Für die vielen Gratulationen und
Geschenke zu unserer Hochzeit
danken herzlich

Karl Köll und Frau,
geb. Dürkop.

Am Sonntag nachmittag entschlief
sanft nach längerem Leiden meine
liebe Frau, unsere gute Mutter,
Schwieger- und Großmutter

Wilhelmine Reshöft

im 60. Lebensjahre, tief betrauert
von den Ihrigen.

Joachim Reshöft und Kinder.

Trennstamp, den 24. März 1914.
Die Trauerfeier findet am Don-
nerstag, dem 26. März, mittags
1 1/2 Uhr, in der Kapelle Bormerk
statt. (2246)

Danksagung.

Für die Bemühung der Teilnahme
bei der Beerdigung unseres lieben
Sohnes **Hans** sagen wir allen, die
uns Trost in unserm Schmerz
spendeten, tiefgefühlten Dank. (2252)

Heinr. Rohweder und Frau.

**Gesucht eine Frau zum
Bau reumachen.**

2247) Meldung Wäckerstr. 1a.

Gesucht zu Ehem oder später

2 Schmiede-Schrlinge

gegen Vergütung u. außer d. Hause.

Johs. Brinckmann,

2256) Lachswehr-Allee 1a.

Zieler

(selbständige) zum Reparieren von
Antimöbeln gesucht. (2218)

Bedersgrube 52, im Flügel.

Umständhalber zum 1. April eine
schöne 3-Zimmer-Wohnung zu
vermieten. (2239)

Saatenstraße 18, II.

Ghepaar mit 2 Kindern, 8 u. 10
J., suchen z. 1. Juli o. sp. ger. hell.
2-Zimmer-Woh., Nähe Burgt. od. v.
Tor. Ana. m. Br. u. HW 27 an d. Exp.

1 leeres Zimmer gesucht.

Angeb. unter L Z an die Exp. (2226)

Meierei Schwartau

Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144

liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art

in bester Qualität. (281)

Beerdigungsanstalt Gehr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Übernahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Erbstücken, Metall-, Perl- u. Blaukränzen.

Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Bebel-Büsten

Modelliert von

Bildhauer Obst, Charlottenburg.

Stück 2.50 Mk.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Gef. zum 1. April eine Stube u.
Küche o. leer. Zimm. m. Geläß, Gofst.
N. Ang. unt. HB an die Exp. (2238)

Gesucht z. 1. Juli von ruh. Leuten
mit 2 Kindern eine helle 2-Zimmer-
Wohnung nach vorne im Br. b. 190 M.
Ana. u. MB an die Exp. d. Bl. (2234)

Gesucht zum 1. Juli eine Zwei-
Zimmer-Wohnung vor d. Burgtor
von älteren Leuten. Angeb. unter
E A an die Exp. d. Bl. (2233)

Ein guterhalt. Klappwagen

zu verkaufen. (2288)

Woislinger Allee 161, I.

Guterhaltener Kinderwagen mit
Gummireifen und ein Kinderklapp-
stuhl billig zu verkaufen. (2282)

Lühnowstraße 18a.

Klappsportwagen

zu verkaufen. (2242)

Margaretenstraße 28, Hinterhaus.

Neuer Stoff-Gehrock, mittl. Fig.
und ein St. u. Liegewagen billig
zu verkaufen. Angeb. unt. J W 4
an die Expedition dies. Bl. (2258)

1 Küchenschrank, gr. Bohnen

zu verkaufen, Pfund 10 Fig. (2251)

Brodesstraße 45, II. links.

1 Paar Konfirmandentische

Größe 40, zu verkaufen. (2249)

Gloginstraße 8, I.

Saatkartoffeln

Erfurter, magnum bonum u. Rosen-
zu verkaufen. 10 Pfund 25 Fig. (2241)

Woislinger Allee 88, part.

EB-, Spargel- u. Rosenkartoff.

zu verkaufen. (2257)

H. Kahl, Rennefeld, Lindenstr. 69.

Ein kleiner Zugänger

zu verkaufen. (2237)

H. Blöb, Gethmann.


Gartensämereien

Gartendünger

prima, billigst

Schelm & Wege

2235) Messgrstraße 10.

2274) Kaufe jeden Posten
ausgezeichnetes Saar. 
Herm. Klempau

Radwialstr. 38 u. Gartenstraße 33, I.

Holsten-Meierei

Fernspr. 2336 Wickestr. 44

empfehle alle Meiereiprodukte
in bekannter Güte.

Geschäfte, welche **Niederlagen**

übernehmen wollen, werden gebeten,
sich zu melden. (126)

H. Schultz

Uhrmacher (2000)

Johannisstr. 20.

Reparatur. vorherige Preisangabe.

Trauringe. — Wanduhren.

Marktallen-

stand 46.

Milchkarbonade

Pfd. 40 A, junge Schellfische, Kabel-
jau, Schollen, Kieler Pfahlmuschel,
100 Stück 70 A. (2244)

Johs. Boy, Markthalenstand 46.

Persil
Das selbsttätige Waschmittel für
Leibwäsche!
Henkel's Bleich-Soda

Ansichts-Karten
empfiehlt die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 25. März
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

- Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Der Kulturwert gewerkschaftlicher Arbeit.
 3. Kartellbericht.
 4. Verschiedenes.

Die Nichtorganisierten in unsern zuständigen Be-
trieben sind hierzu freundlichst eingeladen, ebenfalls
auch die auswärtigen Distrikte.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

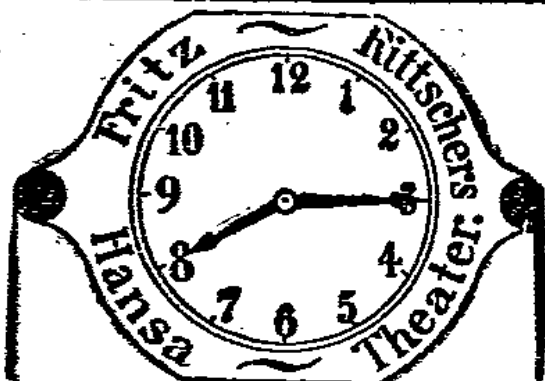
Konzerthaus Fünfhausen.
Sente Dienstag: **Grosses Tanzkränzchen**
Morgen Mittwoch: **Tanzkränzchen.**

Mekelbörger Plattdötscher Verein, Lübeck
Sonntag, den 29. März, nachmittags,
im „Kolosseum“:

Wohltätigkeits-
Vorstellung zum Besten der
Waldschule Wesloe.

Vierte Aufführung des hier mit großem Beifall aufgenommenen, exakt
aufgeführten Prof. Dr. R. Woffelsohnsen's Heimatsstücks:
Ein Winterabend in einem mecklen-
burgischen Bauernhause.

Kasseneröffnung 2 1/2 Uhr. Anfang 3 1/2 Uhr.
Preise der Plätze: Nummerierter Platz 1.50 Mk., 1. Platz 1.00 Mk.,
im Vorverkauf 80 Fig., 2. Platz 50 Fig., im Vorverkauf 40 Fig.
Vorverkauf der nummerierten Plätze links bei H. Buse, Zigarren-
handlung, Breite Straße, Ecke Johannisstraße; rechts bei L. Lohmann,
Zigarrenhandlung, Untere Holstenstraße, ebenfalls auch des 1. und 2.
Platzes. — Letztere beiden Plätze außerdem in sämtlichen durch Plakate
kenntlich gemachten Verkaufsstellen.
Mitglieds-Eintrittskarten sind nur bei H. Büssel und H. Holst
zu haben.
Zu dieser Vorstellung, deren evtl. Ueberschuß der Waldschul-Kom-
mission zur Verfügung gestellt wird, ladet höflichst ein
Der Vorstand.



Kurzes Gastspiel des
Rudolph-Báron-Ensembles.
Dienstag, den 24. März, zum letzten Male:
Mein Hamburg! Da lacht das Herz.
Charly Wittong als Gast.
Anfang Sonntags 8 Uhr. Wochentags 8 1/4 Uhr.
Kleine Preise.
Mittwoch, den 25. März, zum ersten Male:
Das Liebes-Sanatorium.
Burleske-Operette in 3 Akten von Rudolph Báron.
In Szene gesetzt von Rudolph Báron. Nur wenige Aufführungen.
Vorverkauf bei Friedrich Sager, Kohlmarkt und Nagel, am Markt.

Arbeiter-Bildungsverein
Lübeck.
Wir weisen unsere Mitglieder
darauf hin, daß die Stunde in
Rede-Uebung
von jetzt ab wieder regelmäßig
Mittwoch 8 stattfindet.
2253) Der Vorstand.

Schwartau-Rensefeld.

Frauen-Versammlung
am Mittwoch, dem 25. März
abends 8 1/2 Uhr
im Lokale d. Hrn. Hilprecht
(Gasthof Transvaal).
Der wichtigen Tagesordnung
halber wird zahlreiches Erscheinen
erwünscht. (2255) Die Vertrauensperson.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlungen
für die Mitglieder in
Vorwerk

am Donnerstag, dem 26. März
abends 8 1/2 Uhr
bei Herrn Gastwirt **Stapelfeldt,**
Bormerk;
für die Mitglieder der Waren-
abgabestelle

Kronsforder Allee
am Freitag, dem 27. März,
abends 8 1/2 Uhr
bei Herrn Gastwirt **Hagelstein,**
Geniner Straße;
für die Mitglieder in
Schlutup

am Sonnabend, dem 28. März,
abends 8 1/2 Uhr
im Gasthof „Zur Linde“.
Tagesordnung
in allen Versammlungen:
1. Geschäftsbericht.
2. Genossenschaftliches.
Wir bitten die Mitglieder und
deren Frauen, recht zahlreich in den
Versammlungen zu erscheinen.
2254) Der Vorstand.

Allgemeine freiwillige
Kranken- und Sterbefälle
in Stadelstori.

General-Versammlung
am Sonntag, dem 26. April
nachmittags 4 Uhr
im Lokale des Herrn Paetau
in Fackenburg.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1913
und Jahresbericht.
2. Vorstandsbericht.
3. Auflösung der Kasse.
4. Wahl von Liquidatoren.
5. Änderung des § 26 Abs. 1 des
Statuts.
2228) Der Vorstand.

Neues Stadttheater
Dienstag, den 24. März 1914:
161. V. i. Boltz-Pl. 27. V. i. Dienstag-Pl.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Cavalleria rusticana.
Oper von P. Mascagni.
Serauf:

Der Bajazzo.
Oper von R. Leoncavallo.
Große Preise. (2227)
Mittwoch, den 25. März 1914:
Außer Abonnement.
Anfang 8 1/4 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.
Auf Wunsch:

Die Schiffbrüchigen.
Schauspiel von Brieux.
Jeder Platz 1 Mk.
Donnerstag, den 26. März 1914:
162. V. i. Boltz-Pl. 26. V. i. Donn.-Pl.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.
Fremdenvorstellung.
Gastspiel von Stanislaus Fuchs:

Der Revisor.
Schauspiel von Vogel.
Mittelpreise.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und die Handlungsgehilfenvereine.

Während die sozialdemokratischen Redner im Reichstage bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe energisch für völlige Sonntagsruhe eintraten, brachten die Redner der bürgerlichen Parteien allerhand Einwendungen dagegen vor. Der Redner vom Zentrum hielt den Zeitpunkt nicht für günstig, solche Bestimmungen durchzuführen; ein völliges Verbot der Sonntagsarbeit sei unannehmbar. Die Konservativen erklärten sich natürlich dagegen. Der Vertreter der Volkspartei war so mutig, zu erklären, daß seine Partei bereit sei, Verschlechterungen abzuwehren, das Verlangen der Angestelltenvereine aber auf völlige Sonntagsruhe könne nicht Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in Handel und Gewerbe nicht erfüllt werden. Die Nationalliberalen behaupteten ihren alten Ruf als Fraktion Drehleihe; während der eine Redner die Entwicklung im Sinne der sozialdemokratischen Redner noch nicht für reif erklärte, sprach sich der andere Redner — der im Vorstand des Leipziger Handlungsgehilfenverbandes sitzt — „persönlich“ für die Einführung der völligen Sonntagsruhe aus.

Diese Reichstagsverhandlungen haben in den Kreisen der kaufmännischen Angestellten naturgemäß lebhaftes Interesse erregt. Die Enttäuschung über die Haltung der bürgerlichen Parteien ist groß. Selbst die Organe der bürgerlichen Handlungsgehilfenvereine geben ihrer Enttäuschung offenen Ausdruck und verweisen vielfach auf die geschickte Vertretung ihrer Forderung durch die Sozialdemokratie.

So schrieb die „Mercuria“, das Organ des dem Zentrum nahestehenden Verbandes katholischer kaufmännischer Vereinigungen:

„Eine schmerzliche Ueberraschung brachte die erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe nicht nur den Angestellten des Handels, sondern all denen, die aus religiösen, volkswirtschaftlichen, sozialen und nationalen Gründen Freunde des Sonntagsruhegedankens sind. Man hat sich allmählich daran gewöhnt, von einer sozialpolitischen Mäßigkeit weiter Kreise sprechen zu hören. Es steht viel schlimmer: Schamacher geht um, nicht nur in Regierungskreisen, sondern auch in den Reihen der bürgerlichen Parteien. . . . Was wir national gestimmte Angestellte geradezu schmerzlich empfinden mußten, war die Tatsache, daß ausgebreitet der sozialdemokratischen Fraktion allein es vorbehalten sein konnte, die Wünsche der deutschen Angestellten zu vertreten. . . .“

Die „Deutsche Handlungs-Wach“ des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes führte aus:

„Zu dem reichlich aufgehäuften Verdruß, der im ganzen Volke steckt, der erzeugt wurde durch die plan- und ziellose Regierungspolitik, kommt neuer Verdruß, neue Verstimmung der 1 1/2 Millionen Handlungsgehilfen, die sich nun nicht allein von der Regierung, sondern auch von der Mehrheit des Reichstages enttäuscht sehen. Denn nicht nur die Regierung hat nicht gehalten, was sie seit einem Jahrzehnt versprochen, auch der Reichstag erweckte durch die Initiativanträge seiner Fraktion seit Jahren die Hoffnung bei uns, wenn erst der vielversprochene Gesetzentwurf

da sein werde, dann solle es an ihn nicht fehlen. Jetzt ist die Vorlage da. Nun hat er Angst vor seinem frühreifen Mut. . . . Den Reigen der Redner eröffnete der Abgeordnete Bender von der Sozialdemokratie, der, wie auch am folgenden Tage seine beiden Fraktionsgenossen Dr. Quard und Feuerstein, der völligen Sonntagsruhe sehr nachdrücklich das Wort redeten. Nach dem Abg. Bender kam die erste Enttäuschung. Das Zentrum schickte nicht, wie sonst bei sozialpolitischen Vorlagen, einen seiner bewährten Sozialpolitiker wie Trimborn, Hise, Dr. Pieper u. a. heraus, sondern den Abg. Erberger. . . . Seine Rede war auf die einseitigste, kleinlichste Mittelstandsretterei eingestellt und wirkte wie ein eisiges Sturzbad. . . . Mit solcher Schreifheit ist in der zweitägigen Debatte nie mehr gegen die Sonntagsruhe angegangen worden. . . . Die Ausführungen der übrigen Fraktionsredner . . . waren mehr oder minder auf die Weise des Tanzliedchens aus „Hänsel und Gretel“ gestimmt: Einmal hin, einmal her, rund herum es ist nicht schwer. . . .“

Noch deutlicher spricht der Unmut der bürgerlichen Handlungsgehilfen aus nachstehendem Zitat, das dem sächsischen Gaublatt des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes „Kaufmännische Sozialreform“ entnommen ist:

„Gegenüber der aus dieser Feststellung sprechenden Verhandlung des Sonntags hofften wir auf das Reich; Reichsrecht bricht ja selbst die verbissenste Kirchturmpolitik, bauten wir vor allen Dingen auf den Reichstag. Wir sind bitter enttäuscht worden. Es ist ein Jammer das anzusehen. Nicht allein um der Sonntagsruhe willen, so wertvoll uns die Frage ist. Nein, wir beklagen noch mehr etwas ganz anderes; die geradezu unbegreifliche Kurzsichtigkeit, mit der die bürgerlichen Parteien des Reichstages ihr Ansehen und ihren Einfluß bei den Handlungsgehilfen selbst vernichten, ja das von uns oftmals recht mühsam aufrecht erhaltene Vertrauen mutwillig verscherzen. Glaubt man denn, die Handlungsgehilfen auf die Dauer mit Redensarten hinhalten zu können? Die kaufmännischen Angestellten stehen, das sollte doch den Herren Reichstagsabgeordneten nicht ganz verborgen sein, auf Vorposten gegenüber dem mächtvollen Werben der Sozialdemokratie um den neuen Mittelstand. Unsere heiße Liebe zum Vaterland hängt nicht von mehr oder weniger Sonntagsruhe ab — hängt allerdings auch nicht mit besonderer Verehrung für diese oder jene bürgerliche Partei zusammen — aber ist es dann klug und politisch richtig, den ohnehin im schweren Kampf stehenden Schutztruppen noch eine schier unerträgliche Belastungsprobe aufzuerlegen? . . . Es ist uns wahrlich nicht angenehm, berichten zu müssen, daß außer dem wackeren Abg. Mumm von der Wirtschaftlichen Vereinigung nur die Sozialdemokraten für den freien Sonntag eintraten. Die anderen Parteien boten uns Redensarten statt Taten.“

Auch die Blätter der liberalgeleiteten Harmonieverbände der Handlungsgehilfen, in deren Reihen sich Tausende von Prinzipalen befinden, finden scharfe Worte gegen die angestelltenfeindliche Haltung der ihnen nahestehenden Parteien. Die „Verbandsblätter“, die Zeitschrift des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, dem auch der national-

liberale Marquardt als Vorstandsmitglied angehört, schreiben:

„Tief bedauerlich bleibt für uns die Feststellung, daß außer den Abgeordneten Mumm, Marquardt und Graf Rosadowsky nur noch die sozialdemokratischen Redner die Forderungen der Angestellten unter Benützung des reichhaltigen Materials der Verbände in geschickter Weise vertraten. . . . Da hilft kein Vertusch und Verschönigen, es muß offen ausgesprochen werden: die bürgerlichen Parteien haben in der Frage der völligen Sonntagsruhe versagt!“

Und „Der Handelsstand“ des Vereins für Handlungskommiss von 1858 zu Hamburg, einer Organisation, die auch im Fahrwasser des Hanjabundes schwimmt, stellt fest:

„In eingehender Weise sprachen sich die Herren Bender und Quard von der Sozialdemokratie, sowie die Herren Mumm und Marquardt, dieser aber nur für seine Person, für die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe aus. . . . Was der Reichstag in der ersten Lesung zum Sonntagsruhegesetz gesagt hat, bedeutet in seiner Gesamtheit eine bittere Enttäuschung unserer Hoffnungen und Wünsche. Vom Reichstage hatten wir eine solche ablehnende Haltung nie und nimmer erwartet.“

In seinem Rundschreiben spricht auch der in Süddeutschland dominierende Deutsche Verband Kaufmännischer Vereine offen aus:

„Es war lediglich die Sozialdemokratie, welche in ziemlich energischer Form . . . den Standpunkt der deutschen Handlungsgehilfenschaft zum Ausdruck brachte.“

Aus der Stellungnahme aller dieser bürgerlichen Verbände ergibt sich, daß lediglich die Sozialdemokratie die Interessen der kaufmännischen Angestellten wahrgenommen hat, eine Beobachtung, die die Angestellten in den letzten Jahren (so erst kürzlich bei der Konkurrenzklauselvorlage) immer wieder machen mußten. So öffnet die parlamentarische Praxis auch diesen Angestelltenkreisen allmählich die Augen und zeigt ihnen, wo sie ihre Interessenvertretung zu suchen haben.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 23. März.

239. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Falkenhayn, Kühn, Kräfte. Nach debattierter Erledigung einiger kleiner Vorlagen und Rechnungen wird das Etatgesetz mit der Veränderung angenommen in zweiter Beratung, daß einige neue Beamtenstellen im Postetat mit in das Gesetz aufgenommen werden. Es folgt die zweite Beratung des Nachtrags Etats für 1913 betr. den Erwerb des Grundstücks Viktoriastraße 34 für die Militärverwaltung.

Die Kommission beantragt die Bewilligung der als erste Rate geforderten 2500 000 Mark, unter Uebernahme des Titels aus dem Militäretat in den Etat des Reichshauptamts, mit der Hinzufügung, daß die Zweckbestimmung des Grundstücks späterer Beschlußfassung, zu der die Zustimmung des Reichstages einzuholen ist, vorbehalten bleibt, und daß die Verwaltung im übrigen ermächtigt ist, das Grundstück zu veräußern, falls mindestens der Selbstkostenpreis Erlös wird.

Ferner beantragt die Kommission dazu drei Resolutionen. Erstens soll die Frage des Regrekanipruchs des Reichs alsbald geprüft und dem Reichstag darüber berichtet werden, ferner sollen Tauschgeschäfte über Grundstücke in Zukunft etatsrecht-

Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Leibeigenschaft von Graf E. A. Sallas.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe.

(1. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Wie lange gedenkst Du in Moskau zu bleiben?“ fragte die Fürstin Pauline.

„Das weiß ich heute wirklich selbst noch nicht, ich glaube aber, daß ich mich dieses Mal längere Zeit in Rußland aufhalten werde.“

„Und kommst Du jetzt direkt aus Deinem Adoptivvaterlande, aus Frankreich, mein lieber Beter?“

„Nein, direkt aus Sassy.“

„Wann warst Du eigentlich zum letzten Male bei uns? Wie mir scheint, haben wir uns schon sehr lange nicht mehr gesehen.“

„Tawohl, es werden bald vier Jahre sein. Aber Du hast Dich während dieser Zeit fast gar nicht verändert, liebe Cousine.“

„Was hast Du denn erwartet? Dachtest Du etwa, ich würde schöner geworden sein? Bergig nicht, daß ich heute in mein dreißigstes Lebensjahr getreten bin!“

„Ja, ha, ha, mein Täubchen, immer das alte Lied!“ rief Fürst Elias mit einer abwehrenden Handbewegung.

„Welches alte Lied?“ fragte die Fürstin.

„Nun, Dein altes Lied, Deine ewige Klage, daß Du alt und häßlich wärest, und dennoch ist kein wahres Wort daran. Bei Gott, ich kenne kein angenehmeres Gesicht, als das Deine, und . . . und . . .“ stüßte er, indem er sich zu ihr hinüberbeugte, „und wären wir nicht so nahe Verwandte, so würde ich Dich vom Plage weg heiraten.“

„Da wärest Du zweifelsohne der einzige, der sich zu solch einem Wagnis verstände,“ entgegnete sie voll Bitterkeit. „Ich glaube aber, Du bist ein so großer Weiberfeind, daß man Dich selbst mit Gewalt nicht zu einer Heirat zwingen könnte, ja, wollte man Dich gebunden zum Traualtare führen, so würdest Du Dir noch nachträglich eine Kugel durch den Kopf jagen!“

Der Fürst schwieg einen Augenblick, seufzte, jann eine Weile nach und antwortete in ernstem Tone:

„Wohl möglich, Cousine, wohl möglich! Wenn ich recht bedenke, unter welchen Verhältnissen die Menschen heiraten, und wie die Eheleute leben, dann, dann . . .“

Er brach plötzlich ab und seufzte abermals.

„Was hast Du denn jetzt im Auslande getrieben?“

„Gar nichts, hier malte ich, und dort spielte ich. Die Aquarellmalerei habe ich ziemlich vernachlässigt, ich fertigte jetzt bloß Pastellbilder an, und sie gehen mir schon ganz gut von der Hand. Anfangs hatten meine Bilder sämtlich schief, schielende Augen, und die Nasen waren niemals auf der richtigen Stelle, allein jetzt ist alles schon wieder in Ordnung.“

Der Fürst sprach immer in gutmütig ernstem Tone, so daß man niemals wußte, ob er scherzte, oder ob er im Ernste redete.

„Ich habe mir in Bologna eine neue Flöte gekauft“ fuhr er fort. „Dieselbe soll zweihundert Jahre alt sein. Selbstverständlich habe ich sie teuer genug bezahlen müssen. In Venedig hat man das Instrument auf tausend Rubel taxiert.“

„Eine Flöte? Ich denke, Du bläst die Klarinette?“

„O weh . . . o mein Gott, was fällt Dir ein, Cousine?“

„Nein, eine solche Schande habe ich noch nicht erlebt.“

„Aber ist es denn nicht ganz unerleret, welches Instrument man spielt?“ rief die Fürstin verwundert aus.

„O schweige doch lieber!“ verjette Fürst Elias. „Der Künstler empört sich in mir. Wie, Klarinette und Flöte sollten das selbe sein? Das ist ja Gotteslästerung. Auf der Flöte spielte irgend ein olympischer Gott, vielleicht ist es auch nicht wahr, aber man hat es mir so erzählt. Daß jedoch niemals ein Gott mit der Klarinette im hohen Olymp saß, dafür kann ich bürgen.“

In dieser Weise ging die Unterhaltung weiter, man sprach nur über gleichgültige und unbedeutende Dinge. Die Züge der Fürstin Pauline erheiterten sich; sie schien ihre Angst und ihre Besorgnis ganz vergessen zu haben. Allein plötzlich bewölkte sich ihre Stirn von neuem; ganz erregt fiel sie ihrem Beter ins Wort und sprach in völlig verändertem Tone:

„Bitte, komme morgen ganz bestimmt zu uns! Du mußt mir helfen, unbedingt helfen.“

Dem Fürsten Elias fiel diese plötzliche Veränderung im Wesen seiner Cousine derart auf, daß er vor Erstaunen den Mund halb öffnete.

„Ja, ja, ich bedarf Deiner Hilfe . . . und auch heute . . . gleich . . . hier sollst Du mir helfen. Aber morgen kommst Du auf den ganzen Tag zu uns. Mein Vater fährt aus, und dann werde ich Dir alles erzählen. . . . Du wirst mir doch beistehen, nicht wahr, mein lieber Beter?“

„Natürlich stehe ich Dir zu jeder Zeit zur Verfügung, Cousine. Allein um was handelt es sich denn eigentlich?“

„Siehst Du dort . . . den General . . . dort . . . an der Seite?“

„Ich sehe, ich sehe, Cousine. Zum Heuter, es scheint ein früherer Kamerad von mir zu sein. Tawohl . . . wahrhaftig . . . es ist Fürst Orwads.“

„Wo kennst Du ihn?“

„Weshalb sollte ich ihn denn nicht kennen? Wir standen ja sechs Monate zusammen in einem Regiment. Ich nahm meinen Abschied, und er avancierte bis zum General. Wenn ich nicht irre, wurde er bei Kuban oder wie das teuflische Nest sonst heißt, gefangen genommen, oder nach einem anderen Berichte brachte man ihn bereits in frühesten Jugend nach Rußland. Wenigstens erzählte man sich so zu meiner Zeit im Regiment. Donnerwetter, der Kerl ist schwarz wie eine wilde Rake, für welche die vermaledeiten Zauberer eine ganz besondere Vorliebe haben.“

„Ich bin unglücklich froh, daß Du ihn kennst, Beter. Du wirst mit ihm sprechen, und nicht zugeben. . . .“

„Aber um was handelt es sich denn?“

„Oho, Du wirst bei uns schlimme Nachrichten erfahren! Lange Zeit hat uns das Unglück verschont, aber jetzt legt uns der liebe Gott eine neue Prüfung auf. Wäre meine Mutter noch am Leben, so würde es bei uns anders ausschauen,“ fügte sie traurig hinzu.

„Ist denn hier in Moskau der Teufel los? Was bezwecken denn eigentlich diese geheimnisvollen Vorreden? Alle Welt spricht hier in Bildern, so daß man niemand verstehen kann. Deshalb sage mir doch endlich einmal klar und deutlich, was Du von mir wünschst!“

„Orwadsje wirbt um mich. Mit meinem Vater hat er bereits gesprochen, und heute abend will er mir hier persönlich seinen Antrag machen.“

„Was, dieses Wildschwein wirbt um Dich?“ rief der kugelrunde Herr in erregtem Tone. „Und der Onkel begünstigt diese Werbung?“

Die Fürstin erwiderte keine Silbe, doch ihre tränengefüllten Augen verrieten deutlicher als Worte, daß ihr Vater diese Werbung nicht nur begünstigte, sondern daß er seine Tochter sogar gegen ihren Willen mit Gewalt dem General zu vermählen beabsichtigte.

„Das ist ja unerhört,“ brummte Fürst Elias. „Orwadsje steht in meinem Alter, und unsere Kameraden lassen bereits ihre Enkel taufen. Ich konnte mich niemals entschließen, zu heiraten, und ich werde mich auch niemals in den Staub der heiligen Ehe begeben. Allein worauf und warum hat denn dieser tierkerfische Dummkopf gewartet? Welches Mädchen wird denn diesen erbärmlichen Kerl zum Gatten haben wollen?“

„Man verschachtet mich an ihn.“

„Aber Du wirst den Menschen doch nicht heiraten, Cousine?“

„Wenn man mich fesselt und gefesselt in die Kirche schleppt, dann ist es ja vielleicht möglich, daß sich ein Priester findet,

lich ebenso behandelt werden wie Kaufgeschäfte, und dritten
Weil der Reichskanzler um beschleunigte Vorlegung eines
Rechtswirtschaftsgesetzes sucht.

St. i. d. L. (S. D.): Durch die Vorlage soll eine Angelegenheit zum Abschluss gebracht werden, die seit Jahr und Tag sehr viel Staub aufgewirbelt hat. Es handelt sich hier um einen Verstoß gegen das Budgetrecht des Reichstags, um den Versuch einer Verfassungsverletzung. Dem Reichstag wird eine Rechnung präsentiert, die weit über 5 Millionen hinausgeht, die aufgestellt wurde von einem Schiedsgericht, von dessen Zusammensetzung der Reichstag keine Kenntnis hatte. Die Kommission hat sich dahin entschieden, daß der Reichstag in den lauren Apfel beißen und für den Betrag aufkommen müsse. Der Kriegsminister meinte in der Kommission, damit daß dem Reichstag diese Vorlage zugehe, sei um Indemnität gebeten. Danach scheint er eine sehr verschleierte Aufassung von dem Begriff Indemnität zu haben. Wenn die Regierung das wollte, müßte sie im vorigen Jahre bereits erklären, wir sehen ein, daß wir gegen die Verfassung verstoßen haben, und bitten um Indemnität. Jetzt, nachdem das Schiedsgericht den Militärkassens verurteilt hat, dem Reichstag erklären, er solle die annähernd 6 Millionen bezahlen, damit juche man zugleich um Indemnität nach, das heißt denn doch, dem Reichstag allzuviel zumuten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nein, Indemnität ist nicht nachgeschickt worden, der Reichstag ist vor eine vollendete Tatsache gestellt worden. Ich behaupte, daß die Militärverwaltung mit voller Absicht darauf hinarbeitet, das Budgetrecht des Reichstags bei dem großen Geschäft, das da gemacht werden sollte, vollkommen auszuschalten. Deshalb muß der Reichstag mit aller Schärfe dieses Vorgehen verurteilen, damit die Herren von der Militärverwaltung einsehen lernen, daß die Bestimmungen der Verfassung nicht allein für uns, sondern auch für sie gelten, damit nicht ein zweites Mal versucht wird, den Reichstag zunächst in der Weise zu hintergehen, und dann vor eine vollendete sehr unangenehme Tatsache zu stellen. (Präsident Kämpf rügt den Ausdruck „hintergehen“). Ich werde versuchen, die Handlungsweise der Militärverwaltung mit den mildesten Ausdrücken zu charakterisieren, möchte aber betonen, daß eine solche Angelegenheit den Reichstag noch niemals beschäftigt hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es dreht sich bekanntlich um den Neubau eines Gebäudes für das Militärkabinett. Bereits 1902 wurde vom Reichstag der Bau eines solchen Gebäudes Graf Prinz Albrecht und Königin-Gräberstraße abgelehnt im Hinblick auf die schlechten Finanzen des Reichs. Die sind inzwischen nicht besser geworden, sondern vor allem durch die Schuld des Militarismus noch schlechter. Der Chef des Militärkabinetts Hr. v. Lyncker drängt aber seit langem darauf, daß ein eigenes Gebäude für das Militärkabinett und vor allem für ihn eine luxuriöse Dienstwohnung hergestellt werde. Ich bin überzeugt, daß gerade dieser letztere Wunsch die treibende Kraft bei der ganzen Frage gewesen ist. Wir haben wiederholt betont, daß wir die ganze Einrichtung des Militärkabinetts verurteilen, daß wir in ihm eine militärische Nebenregierung sehen. Aus einer Schreibhilfe für den Kaiser, die es eigentlich sein sollte, ist es eine Instanz geworden, die auf dem Umwege über den Kaiser dem Kriegsministerium Aufträge erteilt. Der Kriegsminister v. Seeringen bestritt, daß ihm vom Militärkabinett ein Auftrag erteilt werden könne. Direkt gewiß nicht, aber die beiden Herren sind ja zum Marzag beim Kaiser zugelassen, und was der Chef des Militärkabinetts wünscht, geht dem Kriegsminister als Befehl des Kaisers wieder zu. Als Verwaltungsbehörde sollte aber das Militärkabinett dem Kriegsminister unterstellt sein. Seine Wirkung vermögen wir zahlenmäßig am besten an Hand des Pensionsstats zu erlassen, der bekanntlich beständig gewaltig in die Höhe geht. Zur die Wirksamkeit des Militärkabinetts ist der Kriegsminister verantwortlich, obwohl er nicht den mindesten Einfluß darauf hat. Das Kriegsministerium stellt eine militärische Nebenregierung dar, und zwar eine unverantwortliche, und ist die letzte Stütze des persönlichen Regiments. Daß der Kriegsminister für Dinge verantwortlich ist, auf die er keinen Einfluß hat, ist ganz unhaltbar, und es ist bezeichnend, daß sich immer noch Herren finden, die bereit sind, in solchem Falle die Verantwortung zu übernehmen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Räume des Militärkabinetts sind unzureichend geworden. Am einfachsten wäre es, dem Chef des Militärkabinetts den Wohnungsgeldzuschuß zu geben — er beträgt 15 000 Mark, und dafür ist wohl auch für einen preussischen General eine würdige Wohnung zu bekommen. Dann würden genügend Räume frei werden. Das Militärkabinett braucht aber gar nicht in der zweiten Gegend der Behrenstraße zu stehen, es könnte ganz gut auf dem Tempelhofer Feld errichtet werden, wo auch das Bezirkskommando erbaut ist. Ins

Bezirkskommando müssen jährlich Zehntausende Berliner Bürger gehen, die Offiziere, die dem Militärkabinett unterstellt sind, haben persönlich dort sehr wenig zu tun, und die blauen Briefe, die von dort versandt werden, kommen in ganz gleicher Weise an, ob sie im Tempelhofer Feld oder in der Behrenstraße aufgegeben werden. (Sehr richtig!). Aber der Chef des Militärkabinetts wünschte ein luxuriöses Dienstgebäude in der teuren Viktoriastraße mit einer Dienstwohnung von 16 Zimmern und einem Festsaal. Da möchte ich doch fragen, ob das mit der soviel gerühmten militärischen Einfachheit in Einklang steht. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Militärverwaltung wußte, daß sie ein solches Gebäude auf geradem Wege nicht bekommen würde, und deshalb suchte sie es auf sehr bedenklichen Umwegen zu erreichen. (Präsident Kämpf erhebt den Redner, die parlamentarisch zulässigen Grenzen nicht zu überschreiten.) Als rettender Engel erschien eines Tages im Kriegsministerium ein Herr v. Winterfeldt, der sich als Baudirektor vorstellte. Mit ihm wurde verabredet, daß man gegen die Grundstücke in der Behren- und Königgräberstraße die Villa in der Viktoriastraße und das daneben befindliche Grundstück mit einem zu errichtenden Militärdienstgebäude und dann noch das Grundstück Wilhelmstraße 78 eintauschen wollte. Der Herr v. Winterfeldt besah damals gar nichts, aber hinter ihm stand die Dresdener Bank, die das nötige Geld gegen 6 % Zinsen und monatliche Provision zur Verfügung stellte. In der Viktoriastraße ist ein dreistöckiges Gebäude errichtet, und der Reichstag kann vor die vollendete Tatsache gestellt werden. Das ganze schöne Gebäude brach aber zusammen, als der preussische Landtag das Grundstück haben wollte, das die Militärverwaltung dem Herrn v. Winterfeldt versprochen hatte, und es brach völlig zusammen, als die Sache an den Reichstag kam. Der Herr Staatssekretär erklärte damals, das Budgetrecht des Reichstages sei gewahrt, denn allen Abmachungen sei hinzugefügt worden „vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstages“. Der Staatssekretär Kühn hatte also keine Kenntnis von dem, was im Kriegsministerium vorging. Bei der Verhandlung im Reichstag erklärte auch der Kriegsminister von Seeringer, bestimmte Zusicherungen hätte man Herrn v. Winterfeldt machen müssen, doch sei das Reich in keiner Weise gebunden. (Hört, hört! bei den Soz.) Jetzt aber zeigt sich, daß bindende Abmachungen mit Herrn von Winterfeldt und seinen Hintermännern getroffen waren. Von diesem Schiedsgericht hatte der Reichstag keine Kenntnis; allerdings hatte der Staatssekretär Kühn in seiner langen Rede vom 2. Dezember darauf hingewiesen und zugleich gesagt, daß das Verfahren vor dem Schiedsgericht noch im Gange sei, aber dieser Passus seiner Rede war nicht beachtet worden. Das Schiedsgericht hat nun entschieden, daß das Reich an die Dresdener Bank einschließlich Zinsen etwa 3 1/2 Millionen Mark zu zahlen habe oder das Grundstück in der Viktoriastraße übernehmen müsse zum Preise von rund fünf Millionen Mark. Das Reich ist danach mindestens um 2—2 1/2 Millionen Mark geschädigt. Das Schiedsgericht hat festgestellt, daß man im Kriegsministerium den Plan hatte, die Angelegenheit außeretatmäßig durchzuführen (Hört, hört! bei den Soz.), indem ein Unternehmer auf einem ihm gehörigen Gelände unter Aufsicht des Ministeriums ein Gebäude errichten und dieses gegen ein anderes Grundstück dem Ministerium übergeben sollte. Dazu hielten die Herren sich für berechtigt. Die Resolution der Budgetkommission erklärt das Gegenteil. Der frühere Kriegsminister von Seeringer sagte, der Chef des Militärkabinetts habe bei der ganzen Sache nicht mitgeredet. Das Schiedsgericht aber stellt fest, daß das Grundstück Viktoriastraße 34 nach dem Vorschlag des Chefs des Militärkabinetts in Aussicht genommen wurde. (Hört, hört! bei den Soz.) Im Jahre 1911 fing die Sache an, ohne daß dem Reichstag von dem Millionenprojekt Mitteilung gemacht wurde. Im Kriegsministerium sind die Baupläne ausgearbeitet worden, die Bauausführung ist von einem Beamten des Kriegsministeriums überwacht worden, und da will man sagen, das Kriegsministerium habe sich nicht gebunden. In dem Prozeß machte das Kriegsministerium den Einwand, bindende Abmachungen seien mit Herrn von Winterfeldt nicht getroffen worden, denn notariell sei gar nichts abgemacht worden. Dabei hatte Herr von Winterfeldt einen Brief aus dem Kriegsministerium erhalten, worin bemerkt war: „Wenn das Kriegsministerium Ihnen einen solchen Brief schickt, so ist das mindestens so sicher, wie eine notarielle Beglaubigung.“ Und dann beruft man sich nachher darauf, es sei nichts notariell abgemacht worden. (Hört, hört! bei den Soz.)

Einem parlamentarischen Ausdrück für ein solches Vorgehen gibt es nicht. Im kaufmännischen Leben würde das eine Verletzung des Grundgesetzes von Treu und Glauben bedeuten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn der Kriegsminister damals ausführte, ein Unternehmer wäre bereit, auf eigenes Risiko den Bau herzustellen, so möchte ich wirklich wissen, wie es mit der geistigen Beschaffenheit eines Bauunternehmers aussehend müßte, der ein Grundstück kauft, dort ein Dienstgebäude für das Militärkabinett baut und einrichtet, und wenn alles fertig ist, dem Kriegsministerium erklärt: Nun bitte erwägt einmal, ob Ihr mir das abnehmen wollt! (Heiterkeit.) Gegenüber der Erklärung des Kriegsministers in der Kommission, daß er trotz alledem, was vorgegangen sei, das Gebäude für das Militärkabinett reklamieren, hat die Kommission das Gebäude dem Reichsschatzamt überwiesen, mit dem Auftrag, es wenn möglich zum Selbstkostenpreise zu verkaufen. Daraus geht klar hervor, daß die Mehrheit der Kommission und wohl auch die große Mehrheit des Reichstages nicht damit einverstanden ist, daß ein solches Gebäude für das Militärkabinett errichtet wird. Den Resolutionen der Kommission stimmen wir zu. Es muß festgestellt werden, welche Beamten mit ihrem Verlangen für die Millionen, um die das Reich benachteiligt ist, haftbar gemacht werden können. Die Schuldigen sind zwar alle vom Schauplatz ihrer Tätigkeit verschwunden. Aber sie sind doch da, und man kann sie verantwortlich machen. Auch muß die Frage geprüft werden, ob denn der Reichskanzler von den Dingen gar nichts gewußt hat, und ob er nicht auch regreppflichtig gemacht werden kann. Dringend notwendig ist es ferner, daß die Rechte der Verwaltung in dem verlangten Rechtswirtschaftsgesetz genau abgegrenzt werden. Hat doch Staatssekretär Kühn in der Kommission den Standpunkt vertreten, daß bei Kaufgeschäften der Reichstag nicht gefragt zu werden braucht. Dagegen wurde in der Kommission allgemein protestiert. Wenn bisher in dieser Beziehung eine gewisse Handlungsfreiheit gelassen wurde, so bezieht sich das natürlich nur auf ganz kleine Objekte, aber daran hat niemand gedacht, daß ein Staatssekretär auf den Gedanken kommen könnte, daß er Millionenobjekte verkaufen dürfe, ohne den Reichstag zu fragen. In der Kommission wurde bemerkt: Da könnte man ja eines schönen Tages auch den Reichstag verkaufen gegen irgend ein anderes Gebäude! (Heiterkeit.) Es muß also festgelegt werden, daß die Regierung kein Recht hat, Kaufgeschäfte zu machen, bei denen die Vermögenssubstanz des Reichs erheblich beeinträchtigt werden kann. Die ganze Angelegenheit ist wieder einmal ein Ausfluß des Machtwillens des Militarismus, der hier versucht, das Budgetrecht des Reichstages auszuschalten, sich über die Verfassung hinwegzusetzen. Das zeigt, wohin die Fahrt geht, und nur ein geschlossener Widerstand des Reichstages kann das deutsche Volk vor größerem Schaden bewahren. (Beif. Beifall bei den Soz.)

Schiffner (M.): Der Reichstag ist sich wohl einig, daß das anfängliche Vorgehen der Militärverwaltung mit dem Budgetrecht des Reichstages nicht verträglich ist. Der gegenwärtige Kriegsminister hat das auch unumwunden zugegeben. Das Vertrauen zur Regierung ist dadurch auf eine überaus schwere Probe gestellt worden, und das ist das Betrübenste an der Angelegenheit. Den Resolutionen der Kommission stimmen wir zu.

Gothein (Sp.): Sämtliche Parteien des Reichstages sind sich einig, daß bei den Vorgängen, die zu dem Kaufgeschäft geführt haben, das Budgetrecht des Reichstages verletzt worden ist. Bei dem Schiedsgerichtsurteil ist der Fiskus noch ganz gut gefahren, am Ende kommt vielleicht gar kein Verlust heraus. Aber wichtiger ist die Frage der Verletzung des Budgetrechts, und deshalb darf das Militärkabinett seinen Willen auf keinen Fall durchsetzen. Das ist auch der Sinn der Resolution der Budgetkommission, der wir zustimmen. Die Resolution, die ein Wirtschaftsgesetz fordert, ist ein alter Leberleber, den ich hier schon vor dreißig Jahren getroffen habe. (Heiterkeit.) Erreichen werden wir mit der Resolution kaum etwas, aber natürlich stimmen wir ihr zu. (Beifall bei der Volksp.)

Reichsschatzsekretär Kühn: Jene eine absichtliche Verletzung des Budgetrechts des Reichstages ist nicht vorgekommen. Keine Kaufgeschäfte von Grundstücken, die glatt aufgehen, halten wir für zulässig; bei größerem Umfang sind wir freilich der Meinung, dem Reichstag sollte Mitteilung gemacht werden, was leicht geschehen kann, indem man ein Kaufgeschäft in zwei Kaufgeschäfte auflöst. In der Verwaltung bestand einige Zeit hindurch die Ansicht, es handle sich auch hier um ein reines Kaufgeschäft. Von dieser Ansicht kam die Reichsleitung zurück bereits zu einer Zeit, als in der Öffentlichkeit noch gar nichts von der Sache bekannt war. Diese Tatsache gibt wohl die Gewähr, daß auch in Zukunft so verfahren wird, und daß zu einem Mißtrauen kein Anlaß vorliegt.

Redebaur (S. D.): Auf die Befugnisse des Militärkabinetts müßte eingegangen werden, da ja letzten Endes das Militärkabinett der Schuldtige an der Verletzung des Budgetrechts ist. Wenn nach der Vermutung des Abg. Gothein letzten Endes das Reich keinen Schaden erleiden wird, so bleiben doch die Kosten des Verfahrens vor dem Schiedsgericht mit etwa 30 000 Mark, die ebenfalls unter die Regreppflicht fallen. Deshalb ist es nötig, diese Regreppflicht mit allen Konsequenzen in Anspruch zu nehmen, wir kriegen von den Regreppflichtigen 30 000 Mark eher als 3 Millionen Mark, und die Lehre, die den Betreffenden erteilt wird, ist dieselbe. (Sehr wahr!) Der Kriegsminister hat ja auch in der Budgetkommission gesagt: Unter meiner Verwaltung kommt so etwas nicht vor! Ein gebannter Kriegsminister scheint eben das Feuer. Die Auffassung des Schatzsekretärs Kühn, daß bei reinen Kaufgeschäften der Reichstag nicht gefragt zu werden braucht, könnte dazu führen, daß z. B. auch das Reichstagsgebäude gegen ein anderes Grundstück eingetauscht wird, ohne daß dem Reichstag Kenntnis gegeben wird. Wir müssen also darauf bestehen, daß auch bei allen Kaufgeschäften die Genehmigung des Reichstages nachgeholt wird. Wir müssen uns das durch Ausnutzung unseres Budgetrechts erzwingen. Volliges Vertrauen zwischen Bundesrat und Reichstag kann nie vorhanden sein, denn es handelt sich hier um einen Kampf um die Macht. Eine endgültige Lösung solcher Fragen ist nur durch Herstellung des wahren Konstitutionalismus möglich, wo der Reichstag zu bestimmen hat und die Regierung nur das ausführende Organ ist. (Beifall bei den Soz.)

Dove (Sp.): Die Erklärung des Staatssekretärs entbehrt auch für mich der genügenden Klarheit. Kaufgeschäfte müssen ebenso behandelt werden wie Kaufgeschäfte. Im Privatleben nennt man einen Tausch unter Umständen Schiefbung. (Sehr gut! links.)

Reichsschatzsekretär Kühn: Ich habe nur gesagt, grundsätzlich hat die Regierung das Recht, reine Kaufgeschäfte ohne Zustimmung des Reichstages zu machen. Ich habe aber weiter hervorgehoben, daß trotzdem die Finanzverwaltung in der Regel die Zustimmung des Reichstages bei solchen Geschäften eingeholt hat und einholen wird.

Kriegsminister v. Falkenhayn: Die Vertreter des Kriegsministeriums, die hier angegriffen worden sind, haben allerdings, indem sie die erwähnten Verpflichtungen eingingen, und die Militärverwaltung sowie die Volkvertretung gebunden, etwas getan, was sie bei einem Geschäft wie dem vorliegenden, das kein reines Kaufgeschäft war, meiner Ansicht nach nicht tun durften. Aber man soll die Sache doch nicht so hart ansehen, denn sie haben jedenfalls geglaubt, ein vorzügliches Geschäft für das Reich zu machen, und auch jetzt ist es noch ein wenigstens erträgliches. — Der Chef des Militärs

weicher uns kopuliert. Aber freiwillig gebe ich mich diesem Ungehener nicht zu eigen.

Das ist recht, das ist brav! Wie kann man auch nur jäh einen alten Sänder heiraten! Hätte ich mich im Alter von zwanzig Jahren verheiratet, und wäre mir als erstes Kind eine Tochter geboren, dann könnte ich jetzt bald Urrentel erwarten. Altein, wie soll ich Dir nur heißen, Cousine?

Bitte, weiche heute nicht einen Schritt von meiner Seite! Wie General Oradje mit meinem Vater verabschiedet, will er diesen Abend noch mit mir sprechen und mir seine Hand und sein Herz antragen. Gehst Du fort, so wird er zweifelsohne augenblicklich zu mir eilen.

Er irrt sich, der Hund! rief der Fürst Elias und schlug mit der Faust auf seine Kniee. Nicht einen Schritt weiche ich von Dir, mein Täubchen, den ganzen Abend will ich bei Dir bleiben, und wenn Du nach Hause gehst, dann begleite ich Dich bis an den Wagen, und bist Du mit dem Onkel eingetragenen, so schlage ich ihm die Tür vor der Nase zu.

Die Fürstin schaute ihren Better dankbar an. Seine aufrichtige Enttäuschung brachte sie auf andere, eigenartige Gedanken. Er war ja immer gleichmäßig gut und sanft, dachte sie. Wie kam es nur, daß ihn bislang noch kein Weib gefesselt hatte? Er war zwar häßlich...

Einige Minuten später verabschiedete sich der Kamastier von einem älteren Herrn, mit welchem er sich längere Zeit lebhaft unterhalten hatte, während er dabei der Fürstin finstere Blicke zuwarf, und näherte sich dem plaudernden Paare. Jetzt kommt er, sprach die Fürstin Pauline leise.

Willkommen! flüsterte Fürst Elias lächelnd. Oho, ich räume ihm das Feld beileibe nicht! Mag er doch in meiner Gegenwart seine Werbung anbringen! Ich werde ihm dann schon in Deinem Namen antworten, Cousine.

In Deinem Beisein wird er das gewiß nicht tun, und deshalb bitte ich Dich, nicht vom Plage zu weichen. Wir gewinnen dadurch einen Tag, und morgen reden wir weiter. Vielleicht gelangt es Dir doch, meinen Vater und wohlgerne auch Deinen früheren Kameraden zu überreden, das Heiratsprojekt fallen zu lassen.

Das ist ein trüblicher, machte eine heisse Verbeugung, und indem er in prägnanter Haltung seinen Blick, sagte er: Non compluribus.

Nun schenke ich ihm auf den ersten Blick an, daß er in einem ungeliebten Lande geboren und aufgewachsen war. Zwar sollte die feierliche Uniform den übrigen höheren Offizieren gleich sein, aber man konnte es sehen, wie sehr er un-

ihnen abtand. In seinen schmalen, mandelförmigen schwarzen Augen funkelte es raubtierartig. Es hatte den Anschein, als ob dieser Mensch ganz anders empfand, fühlte, dachte und urteilte, als die übrigen Sterblichen. Trotz aller Kraftanstrengung vermochte er es nicht zu verbergen, welche große Mühe er sich gab, um jünger zu erscheinen, als er in Wirklichkeit war; auch verriet er es nur zu deutlich, daß er von seiner Unwiderstehlichkeit fest überzeugt war. Er schaute Fürstin Pauline an, als hätte ihm dieselbe erst soeben zu Füßen gelegen und um seine Liebe gebettelt; er sah den jungen Dame gegenüber nicht bloß Sieger, sondern auch Herr und Gebieter zu sein.

Unter den unerschämten Blicken des Älteren übergoß sich das Antlitz der Fürstentochter mit dunkler Purpurrote, und unwillkürlich wandte sie sich ab. Nur noch eine Sekunde, und sie hätte verächtlich die Köpfe gezuckt und wäre aufgestanden und fortgegangen, aber der Gedanke, der Verhaftete könne ihr folgen, hängte sie an die Stelle, wo ihr doch für alle Fälle Hilfe nahe war.

Fürst Elias erhob sich, streckte dem General seine Hand entgegen und erinnerte ihn an ihre frühere Kameradschaft. Oradje begrüßte seinen alten Kameraden freundlich und liebenswürdig und hörte für einige Minuten auf, ein affektischer Barbar zu sein; er sprach heiter und lebhaft von seinem Leben im Regiment, sowie von seiner trotz verlebten Jugendzeit. Aber bald darauf nahm er neben der Fürstin Platz und fing an, überlegen und herrisch sie anzusehen. Ihrem Better entging der arrogante Zug im Gesichte des Kamastiers keineswegs, und er dachte bei sich: Ein richtiges Wildschwein!

Ich muß Sie bitten, Prastowia Andrejewna, mir die Ehre zu erweisen, Sie eine kurze Weile allein sprechen zu dürfen, hab der General an.

Auf einem Balle, wo etwa tausend Menschen auf und nieder wogen, dürfte das schwer anzuheben, versetzte die Fürstin.

Ich wollte damit keineswegs sagen, daß wir ganz allein sein müssen, allein entre nous kann man auch hier sein.

Die Fürstin schwieg.

Oradje schaute den Fürsten Elias an, als wollte er ihm sagen: Nun, so verheißt doch endlich, Du Dummkopf, erhebe Dich und gehe von dannen! Allein der Fürst lächelte gutmütig vor sich hin, lehnte sich bequem in seinen Sessel zurück, streckte die Füße von sich, und lächelte sich mit beiden Händen auf die Lehne seines Stuhles. Diese bequeme Position sollte seine Antwort auf die blödsinnigen Blicke des Kamastiers sein. (Beifall bei den Soz.)

Fabrikanten hat bei der Sache nur so viel mitgewirkt wie jeder Bauherr an einem Bau mitwirkt, der für ihn resp. seine Ehre ausgeführt wird. Von einer luxuriösen Wohnung kann keine Rede sein. Der sogenannte Festsaal ist 10 x 6 Meter groß, also wie eine gute Berliner Stube. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Das Gebäude ist auch nicht dieser Wohnung wegen ausgesetzt, sondern um neue Arbeitsräume zu schaffen. Wenn weiter das Verhältnis des Kriegsministers zum Chef des Militärkabinetts erörtert wurde, so will ich nur folgendes sagen. Man hat so sehr das Budgetrecht des Reichstags betont — und ich bin gewiß einverstanden, daß es aufs strengste beachtet wird — aber wenn man sich dafür auf die Verfassung beruft, so besagt die Verfassung andererseits auch, daß die Dienstzweige des Militärkabinetts der Verantwortlichkeit des Kriegsministers entzogen sind. Also, wenn Sie das ändern wollen, müssen Sie die Verfassung ändern. Im übrigen wird sich ja im Laufe einiger Wochen Gelegenheit bieten, auf diese Fragen näher einzugehen.

Gothein (Wp.): Nach der letzten Aeußerung des Reichsfinanzsekretärs möchte ich nur wünschen, daß er grundsätzlich in der Frage der Tauschgeschäfte nicht mehr nach Grundfragen handelt. (Heiterkeit und Sehr gut! links.)

Lebehour (SD.): Der Kriegsminister hat die Beamten seines Ressorts damit zu entschuldigen gesucht, daß sie geglaubt hätten, es handle sich nur um ein gutes Geschäft für das Reich. Darin irrt er. Das gute Geschäft hätte nur das Militärkabinet gemacht, für das Reich ist es kein gutes Geschäft, wenn es 5 Millionen für ein Gebäude hergeben muß, das mit 1 oder 2 Millionen auch herzustellen ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn der Kriegsminister weiter sagte, der Chef des Militärkabinetts sei der Bauherr gewesen, so hat er damit doch zugestanden, daß der Chef des Militärkabinetts über das Kriegsministerium hinaus in dieser Sache einen maßgebenden Einfluß geübt hat. Diese Ueberordnung des Militärkabinetts beklagen wir ja gerade, und wir befinden uns in der eigentümlichen Lage, daß wir das Kriegsministerium gegen unberechtigten Einfluß des Militärkabinetts verteidigen müssen. Dem Kriegsminister selbst ist es vielleicht nicht unerwünscht, wenn mit dieser unserem Verfassungsleben zuwideren Stellung des Militärkabinetts endlich ein Ende gemacht wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Dr. Spahn (Ztr.): Die Kommission hat nicht beschlossen, daß das Gebäude nicht zu Zwecken des Militärkabinetts verwendet werden darf. Die Verwendung bleibt vielmehr späterer Beschlussfassung vorbehalten.

Abg. Lebehour (SD.), Gothein (Wp.), Stüdtgen (SD.) betonen, daß der Beschluß der Kommission allerdings den Sinn hatte, das Grundstück dem Militärkabinet zu entziehen. Wenn die Mehrheit des Reichstags anders beschliesse, handle sie wider Treu und Glauben.

Spahn (Ztr.): Die Motive des Kommissionsbeschlusses liegen dem Reichstag nicht zur Beschlussfassung vor. Uebrigens kann über das Grundstück immer nur unter Zustimmung des Reichstags entschieden werden.

Die Debatte schließt. Der Nachtragsetat wird bewilligt, und da niemand widerspricht, sofort auch in dritter Lesung angenommen. Die von der Kommission beantragten Resolutionen werden angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

Etat des Reichsfinanzamts.

Stolle (SD.) kritisiert ausführlich das System der Einfuhrschemine. (Vizepräsident Dove erhebt sich und wiederholt, nur die finanzielle Seite der Frage zu erörtern.) Das System der Einfuhrschemine verteuert vor allem auch die Lebensmittel, auf deren Verbilligung im Interesse des Volkes hingearbeitet werden muß. (Bravo! b. d. Soz.)

Schulenburg (W.) weist daraufhin, daß die Unterbeamten beim Reichsfinanzamt mit dem Wohnungsgeldzuschuß nicht auskommen.

Prinz Schönau-Carolath (W.) bittet, daß die Unterbehörden die Veteranenbeihilfe noch weiter, auf 180 Mark jährlich erhöht werde.

Kupp-Waden (A.): Wir werden der Resolution der Kommission zustimmen, die die Veteranenbeihilfe auch den Nichtkombattanten gewähren will.

Generalmajor v. Langermann: Als Kriegsteilnehmer gelten alle Personen, die zu kriegerischen Operationen verwendet worden sind, gleichgültig ob sie an einem Gefecht teilgenommen haben oder nicht.

Bruchhoff (Wp.) führt Beschwerde, daß zur Gewährung der Beihilfe der politischen Gesinnung der Nachsuchenden nachgeprüft werde.

Reichsfinanzsekretär Kühn: Ein solches Verfahren ist gesetzlich nicht zulässig.

Dr. Südekum (SD.): Bei der Zuerkennung der Veteranenbeihilfe spielen politische Momente entgegen dem Gesetz immer noch eine Rolle. Auch sonst kommen in einem und demselben Ort erhebliche Ungleichheiten vor. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nicht einmal der Buchstabe des Gesetzes wird eingehalten, von einer weitherzigen Auslegung kann erst recht nicht die Rede sein. Die Resolution der Kommission wird sicherlich eine einstimmige Annahme finden.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. Baumann (Ztr.), Behrens (Wirtsch. Vgg.), Dr. Meubt (Wp.) schließt die Debatte; die Resolution der Kommission wird einstimmig angenommen.

Der Etat wird bewilligt. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr (Anfragen, Rechnungen, Etat für Reichsfinanzamt).

Schluß: 7 Uhr.

Aus der Partei.

Störung eines Leichenzuges. Sonntag nachmittag wurde in Breslau die Genossin Auguste Burgund beerdigt. Kränze mit roten Schleifen schmückten den Sarg der Verstorbenen oder wurden im Zuge mitgeführt. Diese Schleifen erregten das Zorn der Polizeibehörde, die sie in pietätloser Weise von den Kränzen rissen. Selbst eine rot-weiße Schleife vom Kranz der Turner wurde konfisziert, obgleich rot-weiß hoch die Farben der Stadt Breslau sind! Die Kranzträger wurden auf die Polizeiwache zitiert.

Hugulitzer Stadtverordnetenwahl. Der hiesige Provinzialausschuß erklärte die Mäntzer Stadtverordnetenwahl vom 4. Dezember 1913, bei der 10 Sozialdemokraten gewählt wurden, für ungültig.

Gemeindevahlfrage. In Königs-Hain bei Görlitz ist nunmehr die ganze dritte Abteilung im Dorparlament in den Händen unserer Genossen. — In Klein-Krauschen (Schlesien) siegen unsere Genossen diesmal in allen drei Abteilungen, sodaß sie jetzt die Mehrheit im Gemeinderat haben.

Ein ganz rotes Dorf. Ein für die Sozialdemokratie vorbildlicher Ort ist das Dorf Alenberhütte im Wahlkreise Kronach-Richtenfels (Oberfranken). Wie die „Fr. Volkstribüne“ berichtet, sind unter den rund 300 Einwohnern 105 organisierte Parteimitglieder, also ist jeder dritte Bewohner Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Mehr Erwaachsene, also Organisationsfähige, sind an Orte überhaupt nicht vorhanden. Ebenso ist das Verhältnis hinsichtlich der Parteipresse, die in 70 Exemplaren gelesen wird, genau so viele Familien zählt der Ort, es hat also jede Familie das Parteiblatt.

Die **Maifestzeitung** wird, wie alljährlich, von unserem Berliner Parteiverlag herausgegeben. Die künstlerisch hergestellte Zeitung ist in Wort und Bild aus begeisterter Stimmgebung an den Gedanken der proletarischen Weltfeier entsprungen. Den Bildschmuck schuf diesmal Ise Schüh-Schür. Markige proletarische Kraft trägt die mächtige Maifestzeitung den festlich schreitenden Scharen der Arbeit voran. Und dann: in der Waldschönung, umgeben von stehenden Nadelbäumen, sammeln sich die Massen um den Redner, der die Maitenbofhaft des sozialistischen Proletariats aller Länder, von Siegesgedanken entflammt, verkündet. Von jungen Birkenranken umschmückt, werden die Gedanken der Maifeier in Aufstiegen, Gedächtnis, Sprüchen vorgetragen. Ludwig Franke formt in einer Rückschau auf die politische Bewegung der letzten Zeit die Maiparole der kommenden Kämpfe. Carl Legien entwickelt den Wert der Maifeier als einer Weckerin des Organisationsgedankens, der die Arbeiterklasse von Sieg zu Sieg wachsen läßt. Hermann Wendel schreitet ein halbes Jahrhundert sozialdemokratischer Bewegung ab: vor fünfzig Jahren, im Mai 1864, hielt Lassalle die letzte Heerfahrt der von ihm entfalteten Bewegung ab, und im September 1864 wurde die Internationale in London gegründet; fünfundsiebzig Jahre später, 1899, wurde in Paris der Beschluß gefaßt, hinfür in allen Ländern die Maifeier zu begehen, und nun begehen wir dieses Weltfest zum fünfundsiebzigsten Male. Frick Fraasch wirft ein zündendes Wort in die Massen der Landarbeiter, das sie zum Sozialismus erwecken soll, und Anna Gradnauer schließt die Festschrift mit Matworten, die den Mittern um der Kinder willen den Weg der Befreiung weisen. Wichtige Gedächtnisreden von Carl Petersen und Rudyard Kipling (dieses von Franz Diederich aus dem Englischen überfetzt) und eine Reihe Sprüche für Maidemonstrationen von Max Barthel, Julius Zersack, Ernst Brezgang, Carl Bröger, Ludwig Lessen durchdringen die Festschrift. Wir hoffen, daß auch dieses Maifestblatt in allen Herzen der Arbeiter und ihrer Angehörigen freudig willkommen geheißt wird. Der Einzelpreis der Maifestschrift beträgt 10 Pfg. Der Erscheinungstermin wird noch bekannt gegeben.

Sozialistische Blindenliteratur. Von der „Neuen Zeit“, Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden Deutscher Zunge“, sind die Nummern 2 und 3 des 5. Jahrgangs erschienen. Die Hefte haben u. a. folgenden Inhalt: Unser Endziel (Fortsetzung). Der Panamakanal. Die Sprache des Fortschritts (Schluß). Der Verdreher. Von Dr. A. Lipschütz. Kasernenleben. Feuilleton: Novelle von Oskar Baum. Aus der Gegenwart: Alfred Ruffel Wallace. Jahrbuch. Hierzu die wissenschaftliche Beilage. Der Bezugspreis des Blattes, das in Braillescher Kurzschrift gedruckt wird, beträgt bei sechsmonatigen Erscheinungen pro Jahr 3,00 Mk. für Deutschland und Oesterreich-Ungarn und 4,50 Mk. für die übrigen Staaten. Die Zeitschrift wird nicht im Buchhandel vertrieben, sondern ist nur durch A. Meubt, Berlin N., Wiesenstraße 36, zu beziehen. Dorthin sind auch alle bezüglichen Anfragen und Bestellungen zu richten. Die Parteigenossen werden gebeten, alle ihnen etwa bekannten Blinden auf das Organ aufmerksam zu machen. Durch die oben genannte Stelle ist auch das in Blindendruck erschienene „Kommunistische Manifest“ zu beziehen. Der Preis für die drei Hefte, die zusammen 139 Seiten umfassen, beträgt einschließlich der Versandkosten 1,75 Mk.

Zur Lösung der Agrarfrage in Holland. Zum Osterkongreß der holländischen Partei hat die vom Parteivorstand ernannte Kommission zur Durchberatung der Landarbeiterfrage eine Resolution ausgearbeitet, in der zunächst festgestellt wird, daß die Landarbeiter bei ihrem Erstreben eines Aders, um darauf die Früchte für ihren Familienkonsum anzubauen, immer wieder die Opfer des Bodenwuchers der Grundeigentümer werden, und daß die Bodenpreise für diese Parzellen durch die Konkurrenz der Landarbeiter untereinander immer höher werden. In der Resolution werden nun gegen diese Wuchererausbeutung gesetzliche Maßnahmen verlangt. Unter Zustimmung eines weitgehenden Enteignungsrechtes soll den Landarbeitern die Möglichkeit geboten werden, unter billigen Bedingungen so viel Ackerland zu pachten, daß sie darauf die für den Familienkonsum nötigen Produkte schaffen können. Die Resolution weist aber das Streben ab, das die Landarbeiter dazu bringen will, sich als kleine Grundeigentümer künstlich an einen bestimmten Ort zu binden, weil hierdurch ihre Bewegungsfreiheit als Lohnarbeiter eingeengt, ihre wirtschaftliche Kraft geschwächt und hauptsächlich den Interessen der agrarischen Unternehmer genützt wird.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Tagesordnung zum neunten Gewerkschaftskongreß, der vom 22. bis 27. Juni in München in der Rindl-Brauerei abgehalten wird, veröffentlicht haben die Generalkommission der Gewerkschaften. Sie lautet:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate.)
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission.
3. Beratung der Anträge, betreffend:
 - a) Allgemeine Agitation.
 - b) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.
 - c) Streikunterstützung und Streikstatistik.
 - d) Arbeiterinnen-Sekretariat.
 - e) Korrespondenzblatt.
 - f) Sozialpolitische Abteilung.
 - g) Zentral-Arbeitersekretariat.
 - h) Regelung der Grenzstreitigkeiten.
4. Die „Volksfürsorge“.
5. Die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes.
6. Arbeitswilligenfürsorge und Unternehmerterrorismus.
7. Arbeitslosenfürsorge.
8. Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge.
9. Der Einfluß der Lebensmittelerhöhung auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse.
10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Anträge zur Tagesordnung oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 1. Mai 1914 an die Generalkommission einzulenden.

Sämtliche bis dahin eingegangenen Anträge werden im „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Anträge einzelner Gewerkschaftsmitglieder können nur dann zugelassen werden, wenn sie von einer Zahlstelle oder dem Zentralvorstand der Gewerkschaft unterstützt werden.

Die **Verabschiedung von Tarifverträgen im Baugewerbe.** Am 13. und 14. März sind von den Zentralinstanzen im Baugewerbe weitere 84 Verträge unterzeichnet worden. Nach Landbestellen geordnet steht oben Hannover und Bremen mit 24 Verträgen, dann folgt Thüringen mit 16, Westpreußen mit 11, Brandenburg mit 7, Pommern mit 6, Schleswig-Holstein mit 5, Posen und Königsreich Sachsen mit je 4, Provinz Sachsen mit 3, Braunschweig und das nördliche Bayern mit je 2 Verträgen. Insgesamt sind von den 990 Verträgen, die am 31. März 1913 abgelaufen waren und an die der Bauarbeiterverband beteiligt war, 202 endgültig verabschiedet. Aus der letzten Zahl ist ersichtlich, wie langsam sich der Abschluß der Verträge vollzieht. Wenn darin nicht eine Besserung eintritt, dann wird man das Schaustück erleben, daß während der Ver-

tragsperiode bis zum Jahre 1916 längst nicht alle Verträge ordnungsgemäß verabschiedet sind. Woran das liegt, ist früher schon erörtert worden. Es sind bestimmt eine große Anzahl Verträge örtlich unterzeichnet, die bisher den Zentralorganismen nicht vorgelegt worden sind. Sie befinden sich in den Händen des Unternehmerbundes oder seiner Bezirksverbände. Der Bauarbeiterverband wird jetzt daran gehen und genaue Feststellungen über die Zahl der örtlich unterzeichneten Verträge machen lassen. Nach seiner vorläufigen Aufzeichnung sind es über 700 Verträge, die von den örtlichen Organisationen bereits unterzeichnet sind. Danach müßten also rund 500 Verträge bisher der endgültigen Verabschiedung entzogen worden sein. Die Angaben mögen im einzelnen etwas differieren, aber die Tatsache selbst kann nicht bestritten werden. Und da für diese Verträge nicht einmal Anträge beim Haupttarifamt gestellt worden sind auf Aufhebung oder Korrektur, so liegt zu solcher Handlung nicht einmal ein einwandfreier Grund vor. Jedenfalls ist es als eine Unmöglichkeit des Unternehmerbundes anzusehen, wenn er über Beanstandungen in den Verträgen allein entscheidet. Das ist das Recht aller am Vertrag beteiligten Parteien. Außerdem muß, daß ganz Bayern nur mit zwei Verträgen zu verzeichnen ist. Das hat auch wieder seine Ursache in einer Eigenmächtigkeit des südbayerischen Bezirksunternehmerverbandes. Dieser Verband ist nach der Entscheidung des Haupttarifamtes, die es am 9. Dezember vorigen Jahres über die Zulässigkeit der Affordarbeit gefaßt hat, einfach hergekommen und hat zu dem Vertragsmuster einen Antrag geschaffen, dessen widerspruchsfreie Anerkennung er von den Arbeitern verlangt. Der Anhang verlangt die in der Entscheidung des Haupttarifamtes liegende Anerkennung der Affordarbeit allzu gründlich und schließt weit über das Ziel hinaus. Er verstoßt direkt gegen eine neuere Entscheidung des Haupttarifamtes. Daß sich die Arbeiter so etwas nicht bieten lassen, sollten doch der südbayerische Bezirksunternehmerverband auch wissen. So ist in Bayern der Fortgang in der Verabschiedung der Tarifverträge durch den Unternehmerverband wiederum ganz ins Stocken gebracht worden.

Streik auf der Grube Hostenbach im Saarrevier. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes erläßt folgenden Aufruf:

Achtung! Achtung! Achtung! Auf der Grube Hostenbach im Saarrevier stehen die Arbeiter im Streik. Der Streik wird vom christlichen Gewerkschaftsverein der Bergarbeiter geführt. Obwohl dieser nicht verständig hat, so werden wir unsere Mitglieder doch entsprechend den Bestimmungen unseres Streikreglements unterhalten. Da Agenten bereits an der Arbeit sind, um Streikbrecher anzuwerben, so rufen wir allen Bergarbeitern zu: Haltet den Zug nach Grube Hostenbach streng fern. Keiner darf an den im Kampfe stehenden Arbeitsbrüdern zum Verräter werden. Hoch die Solidarität aller Arbeiter! Mit Glück! Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Die „Essener Volkszeitung“ geriert sich besonders gern als Fürsprecher der christlichen Gewerkschaften. Namentlich mit dem Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter, der ja seinen Sitz in Essen hat, steht sie in engster Verbindung. Die Profitgier des Verlags, die sich in einer geradezu maßlosen Aufnahme von allen möglichen Inseraten äußert, hat nun dem Blatt und seinen Gönnern aus christlichem Lager einen bösen Streich gespielt.

Die „Essener Volkszeitung“, brachte am Freitag folgendes Inserat: **Verkaufe.** 200 Hauer, Behrhauer und Schleppler sofort gesucht. Guter Lohn. Meldungen Essen, Lazarettstr. 24. In jeglicher Zeit 200 Hauer usw. auf sofort gesucht, ohne Angabe der Zwecke — das fällt jedem mit den Verhältnissen im Ruhrrevier vertrauten sofort auf. Die „Essener Volkszeitung“ sieht das nicht an. Sie nimmt das Inserat, wie so viele andere zweifelhafter Art, unbesehen auf! — Nachdem ihr die erschrockenen Christenführer auf die Wade gerückt, sucht sie sich in der Sonnabendnummer auf eine gottesdämonische Art aus der Klemme zu ziehen. Sie bringt folgendes Westmümel hervor:

„Auf der Grube Hostenbach“ im Saarrevier haben die Bergleute die Kündigung eingereicht. Anscheinend bezieht sich ein in der „Essener Volkszeitung“ veröffentlichtes Inserat der Firma Eduard Langer, Lazarettstr. 24, wonach Bergarbeiter gesucht werden, auf diese Grube. Die weitere Aufnahme des Inserats ist von uns siliert worden. Die Firma Eduard Langer ist eine Filiale der Streikbrecherfirma Meyer u. Lindberg in Hamburg. Den gesuchten Bergarbeitern wird ein Mindestlohn von 5,50 zugesichert, während die im Streik befindliche Belegschaft mit ihren Hauereilöhnen im Durchschnitt nicht an den angebotenen Mindestlohn heranreicht. Wir warnen also ausdrücklich vor der Anwerbung.“

Daß Eduard Langer Streikbrecherermittler ist, weiß in Essen jeder jedes Kind. Nur in der „Essener Volkszeitung“ braucht man das nicht zu wissen. Wie der „Essener Arbeiterzeitung“ mitgeteilt wird, haben die zweifelhaftesten Gestalten sich auf das Inserat bei Herrn Langer eingefunden. Die Verwaltung von „Hostenbach“ wird ihre Freude daran haben, wenn sie diese Sorte „Hauer“ ins Loch bekommt.

Wo bleiben die Kölner Arbeitergroßen? Ein anonymes Flugzettel, der diesen vielsagenden Titel trug und im August 1913 in Köln und Umgebung überall vor den Fabriken verteilt wurde, erregte unter der Kölner Arbeiterschaft allgemeine Empörung. Durch Verdröngungen wichtiger Einnahme- und Ausgabeposten — die Beiträge der Arbeiter wurden darin unter anderem um 170 000 Mark zu hoch angegeben — sollte bei Urteilslosen der Eindruck erweckt werden, als ob den Gewerkschaftsmitgliedern nur ein ganz geringer Bruchteil der eingezahlten Beiträge durch Unterstützungen wieder zugute kämen. Das Blatt trug nicht einmal den Namen eines Druckers, und um seinen Verfasser zu nötigen, mit seinem Namen hervorzutreten, wurde der Anonymus in der „Rheinischen Zeitung“ vom 15. August 1913 als „gemeiner Verleumdung der Kölner Gewerkschaftsmitglieder“ bezeichnet. Nach sechs Wochen meldete sich plötzlich Herr Paul Steiner zu Köln, der Generalsekretär des Vereins der Industriellen und verlagte den Verantwortlichen der „Rheinischen Zeitung“, Genossen Beyer, wegen Beleidigung. Als er darauf von der „Rheinischen Zeitung“ erneut wegen seiner tendenziösen und anonymen Flugblattfabrikation zur Herabsetzung der Gewerkschaftsarbeit angegriffen wurde, und wegen einer vergeblichen Berichtigungslage in scherzhafter Weise zum Studium des Preßgesetzes aufgefordert wurde, verlagte er auch noch den Genossen Solimann. In vierstündiger Verhandlung wurde am Sonnabend Herr Steiner recht übel mitgespielt. Es ergab sich vor allem, daß er seine Angaben gar nicht aus dem von ihm zitierten Jahrbuch der Kölner Gewerkschaften geschöpft hatte. Nur wegen formaler Beleidigung wurde Beyer zu 150 Mark Geldstrafe, Solimann zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht billigte den Angeklagten den guten Glauben zu und begünstigte das Flugblatt als tendenziös. Sinegen wurde ihnen die Wahrung berechtigter Interessen nicht zugesprochen, weil die Verbindungen zwischen Kölner Gewerkschaften und der „Rheinischen Zeitung“ nicht eng genug seien, um dies zu stützen.

Ein neuer Kriegsplan gegen die organisierten Techniker. Der Gesamtverband der Industriellen hat sich, wie aus einem vertraulichen Rundschreiben des Jahresberichts

Stellenvermittlungverbandes hervorgeht, mit dem Blatt einer Stellenvermittlung für Techniker befaßt. Die einzelnen Landesverbände sollen die Organisation dieser Vermittlung durchführen. Der südwestdeutsche Verband macht den Vorschlag, diese Abteilung der Stellenvermittlung den Industrie- und Gewerbetreibenden anzugliedern und die Arbeitsvermittlung obligatorisch durchzuführen. Jeder Unternehmer darf also Technikerstellen nur unter Mitwirkung der Arbeitsnachweise besetzen. — Was damit bezweckt werden soll, liegt klar auf der Hand. Dem Bund der technischen Angehörigen in erster Linie gilt der Kampf. Die Agitatoren dieses Verbandes wollen die Unternehmer im Auge behalten, um sie ohne Schwierigkeiten kaltstellen zu können. — Die Kampfansage wird das Verhältnis zwischen den Unternehmern und deren technischen Angehörigen noch mehr verschärfen und die Techniker noch mehr als bisher nötigen, mit den Arbeiterverbänden Fühlung zu nehmen.

Internationales. England. Weil in der Frage des Mindestlohnes mit den Unternehmern eine Einigung nicht erzielt wurde, reichten in der englischen Grafschaft Yorkshire 12 000 Bergarbeiter auf Anordnung ihrer Organisation die Kündigung ein. Die Londoner Bauarbeiter stimmten dem Anerbieten der staatlichen Einigungsbeamten, eine Vermittlung zur Beilegung des jetzigen großen Konflikts anzubahnen, zu. Ob aber die Unternehmer, die jetzt den Kampf auch in die Provinz tragen möchten, dem Vorschlag beitreten werden, ist sehr fraglich. In London streiken 900 weibliche und 500 männliche Arbeiter einer Konfektionsfabrik zum Protest gegen die Beschäftigung von Kindern. Dabei erhielten z. B. auch die erwachsenen Arbeiterinnen einen Lohn, der im allgemeinen 7—11 Mark pro Woche nicht übersteigt. Frankreich. Der Streik der 4500 Arbeiter in der Schuhindustrie in Rougeres wurde nach mehrmonatiger Dauer durch ein Kompromiß beendet.

Soziales.

Die Entrechtung der Arbeiter in den Ortskrankenkassen. Auch in Danzig wurde bei der Wahl des Vorsitzenden der Ortskrankenkasse eine Einigung zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter nicht erzielt, weshalb die Aufsichtsbehörde einen Vertreter des Vorsitzenden „bestellte“. Es war dies der freisinnige Stadtrat Dumont. Während die gewählten Vorstandsmitglieder ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich versehen, wird Herr Dumont eine Vergütung von 6000 Mark gezahlt. Wie Herr Dumont seine Aufgabe als Vorsitzender der Krankenkasse ausführt, geht aus einem Artikel hervor, den er in der „Danziger Zeitung“ veröffentlicht und in dem er sich für die Absonderung der städtischen Dienstboten in besondere Landkrankenkassen vornehmlich deshalb erklärt, weil „sie dadurch dem sozialdemokratischen Einfluß in den Ortskrankenkassen und der damit untrennbar verbundenen Beschäftigung entzogen werden“. Geheime Vorstandssitzungen unter Ausschluß der freigestellten Arbeitervertreter sind jetzt keine Seltenheiten mehr. In einer dieser Sitzungen wurde gegen die zur Kassenpraxis ebenfalls zugelassenen Dentisten zugunsten der zünftigen Akademiker scharf gemacht. Es wurde angeführt, die Dentisten würden von den sozialdemokratischen Vertretern nur deshalb empfohlen, weil die Sozialdemokratie auf ihre Stimmen bei politischen Wahlen spekuliere. Den Gipfel der politischen Neutralität erreichte aber ohne Zweifel der Kassenvorstand unter dem Vorsitz des Herrn Stadtrats, als er die beantragte Übernahme des Kassensführers einer der größten Hilfskassen, die der Ortskrankenkasse einverleibt worden war, ablehnte. Der Beamte hat eine fünfzehnjährige Tätigkeit als Kassensführer hinter sich und war ein anerkanntermaßen nützlicher Sachverständiger im Vorstande gewesen. Auch in den beiden vertraulichen Vorstandssitzungen der Ortskrankenkasse, die sich mit dem Antrage beschäftigten, wurde dem Beamten das höchste Lob gespendet. Aber er ist — Sozialdemokrat! Ja, ihm wurde sogar — fälschlicherweise — nachgesagt, er habe eine nationale Kellnerversammlung hintertreiben wollen. Das genügt, um hinter verschlossenen Türen eine Ablehnung zu rechtfertigen. Diese nationalen Herren pfeifen also auf den Erlaß des preussischen Ministers, der noch kürzlich den Ortskrankenkassen empfahl, die durch die Verschmelzung von Krankenkassen freigewordenen Kassenbeamten zu übernehmen. Galt national!

Aus dem Gerichtssaal.

Soldatenstreben im Militärarrest. Welch großen Litten Soldaten in der Arrestzelle mitunter ausgesetzt sind, ergab eine Gerichtsverhandlung vor dem Jauerburger Kriegsgericht. Angeklagt war ein Häftlingswächter von der Paltz-Invalidenabteilung des ersten Infanterie-Regiments. Er hatte die Aufsicht in der Arrestanstalt übernommen. Als er ein Häftling während der Vernehmung einer Arreststrafe klagte, daß er nicht genügend Decken habe, sagte zu ihm der Herr Vorsitzende: „Sie Schweinehund wollen überhaupt keine Decken erhalten.“ Die Arrestzellen liegen der Angeklagte während einer Kälte bis 17 Grad Celsius nicht ordnungsgemäß heizen, obwohl der Hauptmann die Heizung angeordnet hatte. Infolgedessen froren das Wasser im Eudknapp und im Krüge zu Eis, und einem Soldaten waren nach Verbüßung einer dreizehnjährigen Arreststrafe die Fäden angefroren. Der Angeklagte, der auch einen Geiger beim Verkauf von Kommissbrot überweist hat, wurde zu vier Wochen gefängnis Strafe verurteilt. — Wie häufig doch die Herren Vorleser in solchen Fällen megalomanen.

Unschuldig im Zuchthaus. In Marburg wurde im Wiedernahmverfahren ein Angeklagter freigesprochen, der zu einem Jahr Zuchthaus wegen verurteilter Verleitung zum Meisels verurteilt worden war und die Strafe zum Teil verbüßt hatte. Die Anklage der Verleitung war falsch.

Der kühne Schmirruppen-Hörsatz. Eine Verhandlung vor dem Kriegsgericht der zweiten Gardedivision forderte einige interessante Einzelheiten über Vorgänge beim Potentillenschießen in Südwestafrika. Der Unter-Regimental-Adjutant hatte sich am Sonntag vor dem genannten Schießplatz wegen Jagdverstoßes zu verantworten. Er war als Unter-Regimental in die Schützentruppe eingeteilt und dem Hauptmann Koppa zugeordnet worden, dessen Abteilung zur Unterdrückung des Aufstandes nach den südlichen Teilen der Kamerunküste kommandiert wurde. Den Schmirrup hatte sich mit dem Hauptmann überworfen, und da er glaubte, ungerichtet behandelt werden zu sein, schickte er auf englische Gebiet. Diese Handlungsweise begründete den Schmirrup mit dem Hinweis, daß er befürchtet habe, bei seiner Rückkehr handverletzt zu werden. Durch einen Vorgang, der sich einige Zeit vorher abgespielt habe, sei er auf diesen Gedanken gekommen. Bei einem Abmarsch des Potentillenschießers Koppa auf eine Farm seien drei Leute gefangen genommen, die man wegen Spionage zu Tode verurteilt und sofort handverletzt erschossen habe. Er, der Angeklagte, habe damals einen der Leute verurteilt, und er sei der Ansicht, daß die Verurteilung unzulässig erfolgt sein würde. Der Angeklagte ordnungsgemäß Gericht hätte man ihn nicht nach-

weisen können. Außerdem habe man ihn gewarnt, wieder nach der Station zurückzukehren. Man habe ihm gesagt, er werde auch erschossen. — Den Schmirrup war dann nach Neufeland ausgewandert und kam später nach Amerika. Nunmehr rechnete der Angeklagte damit, daß er aus Anlaß des Regimentsaufstandes begnadigt werden könne. Er lehrte deshalb nach Deutschland zurück, wußte aber nicht, daß er noch nicht verurteilt worden war. Das Gericht verhängte die niedrigste zulässige Strafe von fünf Jahren Gefängnis, und verurteilte den Schmirrup außerdem zur Degradation und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Aus einem bürgerlichen Pressebetrieb. Der Journalist Paul Schweder, Herausgeber der Zeitungs-Korrespondenz Schweder und Herzsch, wurde am Sonnabend von der 10. Strafkammer des Landgerichts I Berlin wegen einfacher Urkundenfälschung zu einem Tage Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte eine Woche beantragt. Die Urkundenfälschung ist dadurch begangen, daß Schweder einen Aufsatz aus den „Dresdener Neuesten Nachrichten“ abgeschrieben und an die Zeitungen verschickt hat. Als der Verfasser des Artikels, Dr. Bandmann, sein Recht geltend machte und Schweder des Plagiats bezichtigte, veranlaßte Schweder einen Angestellten seines Bureaus, ein Schriftstück anzufertigen mit falscher Unterschrift und zu behaupten, der Artikel sei nicht aus den „Dresdener Neuesten Nachrichten“ abgeschrieben, sondern von ihm (dem Briefschreiber) verfaßt. Der Gerichtshof hat angenommen, daß Schweder die Urkundenfälschung nicht begangen hat eines materiellen Vorteils wegen, sondern nur um das Renommee seines Bureaus zu wahren. — Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Dr. Briesorn, gab nach der Urteilsverkündung dem Angeklagten anheim, ein Gnaden-gesuch einzureichen.

Dreißig Jahre Gefängnis für einen Kuh. Eine ungeheuerliche Barbarei der Justiz, die nur dann in milderem Lichte erscheinen kann, wenn man annimmt, daß die dabei beteiligten Richter ihrer Sinne nicht mächtig waren, wird aus Kalifornien gemeldet. Ein junger Neger namens Guntton hatte sich, von den Reizen einer weißen Schönheit geblendet, verleben lassen, das junge Mädchen zu umarmen und zu küssen. Bei einem Weibchen wäre der Übergriff mit einigen Dollar Buße gefahndet worden, da es sich aber um einen Angehörigen der verhassten schwarzen Rasse handelte, wurde das „Verbrechen“ für so schwerwiegend erachtet, daß dem Obersten Gerichtshof in Los Angeles eine Strafe von dreißig Jahren Gefängnis als angemessen erschien. — Das wahnsinnige Urteil hat selbst unter den Weissen berechtigtes Aufsehen erregt. Es wird beabsichtigt, beim Präsidenten Wilson dahin zu wirken, daß das Urteil kassiert wird. Ebenso angebracht wäre es, die Richter wegen verbrecherischen Mißbrauchs ihres Amtes unter Anklage zu stellen. Der sechste Teil der dem Regier zugeordneten Strafe würde für alle Zeit gründlich von ihrem Verfolgungswahn künieren.

Aus Nah und Fern.

Der Reichskanzler und seine Arbeiter. Herr v. Bethmann-Hollweg hat sich dank seiner im Fahrwasser unserer bewährten Wirtschaftspolitik“ legebenden Kanzleramtstätigkeit das Wohlwollen seiner agrarischen Kollegen erworben. Darüber hinaus scheint er aber auch der Zuneigung der agrarischen und industriellen Reaktionsäre durch die von seinen Beamten betriebene Lohnpolitik sicher zu sein. In der letzten Nummer der „Berliner Gärtnereibörse“ vom 19. Mai wird für das Gut Hohenfinow ein Gärtnereibetrieb durch folgendes Interat gestiftet:

Jüngeren Gehilfen, speziell für Freilandkulturen, bei 25 Mark Gehalt nebst freier Station stellt sofort, eventuell zum 1. April ein. Bewerbungen nebst Angabe bisheriger Tätigkeit erbittet

Schloßgärtnerei v. Bethmann-Hollweg in Hohenfinow. Schulze, Obergärtner.

Vielleicht läßt sich jemand durch das erhebende Bewußtsein, im Dienste des obersten Beamten des Reiches zu stehen, verlocken, die Stelle anzunehmen, da der fürstliche Lohn von 83 Mark pro Tag trotz der freien Station für einen gelehrten Arbeiter weniger anreizend ist.

Die polnische Kirchenemonstration in Berlin hat zur Einklemmung eines Strafverfahrens gegen einige Mitglieder der nationalpolnischen Vereinigung in Berlin geführt. Auch der Religionslehrer Cheminski wurde verhaftet. Er kehrte am Montag nach Posen nach Berlin zurück und hatte erfahren, daß im Zusammenhang mit den russischen Unruhen seine Verhaftung beschlossen worden war. Er begab sich daher sofort auf das Polizeipräsidium, wo er sofort in Haft genommen wurde.

Das Ende eines Soldatenjägers. In Münster (Westfalen) hat sich am Sonnabend vormittag der Feldwebel Dings von der 3. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 55 erschossen. Seine Leiche wurde im Walde des Ziegenberges aufgefunden. Als Motiv zur Tat wird Angst vor Strafe wegen Soldatenmishandlung angenommen. Der Feldwebel hatte einem Soldaten ins Gesicht geschlagen, daß diesem der Hinterkopf zertrümmert wurde und er ins Lazarett gebracht werden mußte.

Nachwehen zu den Zaberner Vorgängen. Infolge der Zaberner Vorfälle wird sich am Sonnabend, dem 28. März, die Zaberner Strafkammer mit einem Prozeß in einer Erörterung zu beschäftigen haben. Der Anklage liegt ein Artikel des „Zaberner Anzeiger“ zugrunde, der unter der Überschrift „Der geistreichste Hauptmann und die Offizierschere“ einen kaberbekannten Vorfall wiedergab und mit der Veröffentlichung die abfällige Zeugenaussage des Majors über charakteristisches Verhalten mit der Zaberner Zivilbevölkerung betonen wollte. Der „Zaberner Anzeiger“ ließ sich, so erzählt er in seiner Nummer vom Sonntag, deshalb zu der Veröffentlichung veranlassen, um die für den Major über höchst unangenehme Geschehnisse zurechenbar beweisen zu lassen. Es handelt sich um einen Vorgang in einem Zaberner Restaurant, wo gegen den damaligen Hauptmann über einige Zaberner Bürger, die nach ihrer Angabe beschimpft worden waren, handgreiflich wurden.

Ein Landtagsabgeordneter verhaftet. In Neudorf (Sachsen) ist der bayrische Abg. Kersch, der in einer Streitfrage um mehrere Millionen Mark mit dem Raumheim-Rechtsanwalt von Harber verwickelt war, verhaftet worden.

Harnais Leiche gefunden. Die Leiche des seit einigen Tagen vermißten Besatzes Otto Darnack wurde, dem „Sächsischen Merkur“ zufolge, im Bezirk bei dem Elektrizitätswerk in Reichenheim an Land gefahren.

Die Toten der Schiffsunglücke von Venedig. Die Zahl der Opfer des Schiffsunglücks von Venedig ist geringer, als zuerst angenommen wurde, da die von den nahen Schiffen sofort betretene Boote viele retten konnten; bisher sind 20 Tote festgestellt worden. Mehrere Leichen sind noch nicht identifiziert, andere noch nicht aufgefunden worden.

Familien-drama. Die Frau des seit Dienstag verstorbenen Baumaterialienhändlers Weichmann in Gossel erhielt von ihrem Gatten einen Abschiedsbrief mit der Klündigung, daß Weichmann Selbstmord begehen werde. Da auf erhängte sich die Frau mit ihrer 13jährigen Tochter und ihrem 10jährigen Sohne in Trauerkleidung ihrer Wohnung.

Drei Personen erstickt. Von Italienern wurden in Hamburg im Verlaufe eines Streikes ein Kellner, ein Schuhmacher und ein Musiker erstickt. Die Nobby's wurden verhaftet.

Schrecklicher Tod. Auf dem Ringweg vor dem Neuen Tor in Duderstadt, wo der Steinaufschlag gewaltsam stattfand, wurde ein etwa 60jähriger städtischer Arbeiter von der Straßenwalze, wurde überfahren und so schwer verletzt, daß bald darauf starb.

Wiesenfeuer in Bombay. Gestern morgen brach in einem Baumwollenslager ein Brand aus, der noch bestmüht. Die Verluste werden bis jetzt auf 60 000 Ballen Baumwolle im Werte von 10 Millionen geschätzt. Der Ursache ist unbekannt.

Sieben Personen mit dem Messer schwer verletzt. In Pizzen hat sich auf der Straße eine Schreckensszene abgespielt. Ein wahnsinnig gewordener Arbeiter überfiel auf der Straße eine Gruppe von Spaziergängern und brachte sieben von ihnen mit einem Rasiermesser schwere Verletzungen bei. Gendarmen nahmen den Geisteskranken fest.

Von Kannibalen aufgefressen. Nach einer Kabellebung von den Neuen Hebriden haben Eingeborene in Norden der Insel Wallisio sechs eingeborene Lehrer einer australischen Missionsstation ermordet und verschlachtet.

Über Anna! Eine lustige Entodungsgeschichte findet sich im „Anzeiger für Harlingerland“ in Wittmund (Provinz Hannover):

Aufgehobene Verlobung! Meine Verlobung mit Dejo Jansen ist meinerseits gänzlich aufgehoben. Daß ich ihn nicht mehr liebe, ist nicht die Ursache, sondern die Ursache ist, daß ich jetzt nicht mehr die Braut bin!

Anna Wilhelm, Moorweg, bei Landwirt J. Duis. Hoffentlich hat Anna mit dem „Frischen“ mehr Glück, ob sie bald einen finden wird, ist eine andere Frage.

5000 Fischer vermisst. Wie aus Astrachan gemeldet wird, ist man dort in großer Sorge um den Verbleib einer Fischflotte, die auf dem Kaspiischen Meer dem Eisfang oblag. Da vor einer Woche auf dem Kaspiischen Meer ein furchterlicher Sturm wütete, besteht die Befürchtung, daß die Boote, auf denen sich mehr als 5000 Mann Besatzung befanden, untergegangen sind.

Alle Wege führen nach Rom. In einer norddeutschen Stadt hat sich, wie man der „Frankfurter Zeitung“ erzählt, vor nicht allzu langer Zeit folgendes wahre Geschick ereignet, das alle Liebhaber schlagfertigen Witzes sicherlich zu schätzen wissen werden. Eine katholische Gemeinde hatte eine neue Kirche gebaut, und zwar fast in einem Stadteil, dessen Straßen die Namen der Reformatoren — Luther, Zwingli, Calvin — trugen. Und als man darauf aufmerksam wurde, daß zeigte es sich, daß „ausgerechnet“ die Luther- und die Calvinstraße gerade auf die neue katholische Kirche hinführten. Der Anstand ward zur Sprache gebracht und beschlossen, den Magistrat um Abänderung der Straßennamen zu bitten. Der Magistrat aber tat, was er meistens zu tun pflegt: er schlug ab. Darauf großes Murren unter den katholischen Herren. Aber dieses Murren sollte sich eines Tages in eitel Schmutzeln vermandeln. Als nämlich das neue Gotteshaus eingeweiht wurde, da gab es auch eine Gelegenheit in Gegenwart des städtischen Magistrats und des womöglich noch städtischen Stadthauptes — sie waren nämlich von der lutherischen Partei — eine Rede über die neue Kirche und ihre Geschichte zu halten. Und dabei wurde denn auch erwähnt, wie man den Magistrat um Abänderung der Straßennamen gebeten, diese Bitte aber abgelehnt erhalten habe. „Das schien uns“, so fuhr nun der geistliche Redner fort, „im ersten Augenblick recht hart. Inzwischen aber haben wir uns eines Besseren besonnen und jetzt können wir sogar nicht genug die Weisheit unseres verehrten Magistrats bewundern, der doch offenbar mit seinem Entschluß nichts anderes hat sagen wollen, als daß alle Wege nach Rom führen!“

Eine mysteriöse Krankheit. In dem Dorf Foccorchio bei Rovereto ist eine verheerende Epidemie ausgebrochen. Fast zu gleicher Zeit wurden 20 Personen von der mysteriösen Krankheit ergriffen. Diese äußert sich darin, daß die Kranken schwarze Flecke aufweisen und starkes Fieber haben. Vier junge Leute sind bereits gestorben. Es konnte bisher nur festgestellt werden, daß es sich nicht um Vergiftungserscheinungen, sondern um eine Infektionskrankheit handelt.

Literarisches.

Zwischen Wintereinde und Venzbeginn pflegt sich in unserem Klima eine grämliche, graue Zeit mit Regenschauern, Schneewehen und Stürmen einzuschleichen. Man weiß nicht recht, ob man den Wintermantel in den Schrank hängen soll, tut man's, so liegt man nach ein paar Tagen schnupfenkrank auf der Nase, und tut man es nicht, so fühlt man ein peinliches Unbehagen, wenn mittags die warmen Sonnenstrahlen auf den Winterpelz prallen. Da ist es ein Segen, daß man die Lektüre für die Feierstunden nicht auch mit den Jahreszeiten zu wechseln braucht. Die „Megendorfer Blätter“, die überall in der Welt, wo Deutsche wohnen und deutsch gelesen wird, in den Familien heimisch sind, passen sich dem Wandel der Zeit aufs glücklichste an; sie bieten, mag Schnee ums Haus wehen oder die Märzersonne scheinen, immer wieder mit ihren Beiträgen in Bild und Wort freundliches Behagen. Wer die Zeitschrift noch nicht kennt, sollte nicht verärgern, sie sich jetzt zur Ansicht zu verschaffen. Die Probebände der „Megendorfer Blätter“, die 5 oder 6 Nummern reich illustriert, enthalten und für 50 Pfg. in den Buchhandlungen zu haben sind (der Verlag liefert sie, wenn keine Buchhandlung erreichbar ist, nach Einsendung von 60 Pfg. in Briefmarken kostenfrei), sind am besten geeignet, ein Bild von den „Megendorfer Blättern“ zu geben. Das Abonnement kostet ohne Porto und Bestellgeld 3 Mark im Quartal und kann bei den Buchhandlungen, oder bei der Post, eventl. auch direkt beim Verlag bestellt werden. Probenummern versendet die Verlagsbuchhandlung gerne kostenfrei.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwach. Druck: F. Eder, Meyer & Co.
Sämtlich in Albed.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Zaberner Volkshofs“